

# Landesinfo Baden-Württemberg



Demonstration und Kundgebung gegen Naziterror mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Thüringer Landtag Bodo Ramelow (Bildmitte) am 2. November in Heilbronn (Bild Jürgen Patzelt)

## Europawahl 2014

**Einladung zu Regionalversammlungen** s. 3

## Solidarität

**Adventsaktion Verkäuferinnen** s. 4

## Mannheim

**Neue Migration aus Südosteuropa** s. 12

## Stuttgart

**Städte müssen in Grundstückspolitik eingreifen** s. 14

## Bildung im Land

**Schuldenbremse wird zur Chancengrenze** s. 15

## Wahlnachlese

**Ein linker Blick auf die Ergebnisse** s. 21

## Inhalt

■ ■ ■ ■  
Norgren: Eine Belegschaft kämpft  
um ihr Werk 4

■ ■ ■ ■  
Abschottung wirkt tödlich 5

■ ■ ■ ■  
„Naziterror und Rassismus  
bekämpfen! Verfassungsschutz  
verbieten“ 7

■ ■ ■ ■  
Gastbeitrag: Schlapphüte im  
Bildungssektor 8

■ ■ ■ ■  
Informationen zur Kommunal-  
wahl 2014 10

■ ■ ■ ■  
Rottenburg: Gebührenfreiheit bei  
Kitas einführen 17

■ ■ ■ ■  
Hochschulgebühren sind sozial  
ungerecht! 18

■ ■ ■ ■  
„Europa braucht einen Marshall-  
plan“ 19

■ ■ ■ ■  
Das Parlament muss endlich arbeiten 21

**Das nächste Landesinfo** erscheint im Dezember  
2013.

**Redaktionsschluss** für das Landesinfo 4/2013 ist  
der 2. Dezember.

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan  
der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es  
erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug  
des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber und Verlag:** DIE LINKE. Baden-  
Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.  
0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@  
die-linke-bw.de

**Redaktion:** Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard  
Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Pay-  
kowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen,  
Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand  
verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserIn-  
nenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich  
willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung  
besteht nicht.

**Herstellung:** GNN Verlagsgesellschaft, e-mail:  
stuttgart@gnn-verlage.com

**Druck:** Druckhaus Dresden GmbH, Bärensteiner  
Str. 30, 01277 Dresden.

Für die LINKE in Baden Württemberg ziehen erneut in den Bundestag ein:  
**Michael Schlecht, Heike Hänsel, Karin Binder, Richard Pitterle  
und Annette Groth.**

Das ist ein tolles Ergebnis! Mit der Landesgruppe und ihren Mitarbeiterinnen wollen wir weiter gut zusammenarbeiten.

## Herzlichen Glückwunsch an unsere Abgeordneten. Danke an alle 38 WahlkreiskandidatInnen. Danke an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.

7 Besonderer Dank gilt unseren 38 Wahlkreiskandidatinnen und Wahlkreiskandidaten in Baden-Württemberg. Sie haben mit viel Engagement für linke Politik geworben, vor Betrieben, in den Medien, auf Podien, in zahlreichen Veranstaltungen und an Infotischen. Und danke an die vielen aktiven Mitglieder in den Wahlkampfteams! Wir waren präsent in allen Wahlkreisen mit vielen Plakaten, mit Veranstaltungen und über einer Million verteilten Zeitungen, Flyern, Postkarten und Wahlbriefen. Im Wahlkampf ist es uns gelungen, für den Landesverband, rund hundert neue Mitglieder zu gewinnen. Allein am Wahltag und -abend traten weitere in DIE LINKE ein. Darauf gilt es aufzubauen und DIE LINKE vor Ort zu stärken.

10 Wir sind im Land knapp unter fünf Prozent. Wir haben in Hessen den Wiedereinzug in den Landtag geschafft: das zeigt, dass wir uns auch im Westen – langsam – als LINKE verankern. Wahlkreisergebnisse wie die 7,9% Prozent in Freiburg oder die 7,5 Prozent in Mannheim machen Mut, dass auch im schwarzen Baden-Württemberg mehr drin ist. Wir sind gewarnt durch das Ergebnis der AfD, die in Baden-Württemberg noch vor der LINKEN liegt. Es ist auch unsere Aufgabe, zu verhindern, dass die AfD mit ihrer Verquickung zur rechten Szene, noch stärker wird.

17 Es kommt nun in den nächsten Tagen und Wochen darauf an, die neuen Kontakte und die Aufbruchstimmung, die es in den letzten Wochen gab, zu nutzen. Wir werden das Ergebnis analysieren. Aus Fehlern und Schwächen bei der Mobilisierung in den Wahlkreisen können wir ebenso lernen wie aus regionalen Erfolgen. Das Bundestagswahlresultat ist zwar nicht so gut wie 2009, aber es ist weit besser, als es nach unserem Einbruch vor zwei Jahren zu erwarten war.

### Unsere nächsten Aufgaben in Baden-Württemberg sind:

- Kreisverbände stärken, politische Aktivitäten vor Ort ermöglichen,
- neue Mitglieder gewinnen.
- Kommunal- und Europawahlen im Mai 2014 vorbereiten.
- Kommunale Mandate in Stadt- und Kreistagen ausbauen.
- Die Arbeit in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften weiterführen
- Landesparteitag am 23. und 24. November, Neuwahl der Landesgremien.

*Für den Landesvorstand*

*Marta Aparicio, Christoph Cornides, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit*

## Mitteilung von Ulrich Maurer

Liebe Genossinnen und Genossen,  
zum Ende der Legislaturperiode des 17. Deutschen Bundestages habe ich die öffentliche politische Arbeit beendet. Ich danke Allen, die mich während vieler Jahre mit Informationen und Anregungen unterstützten und eine gute Zusammenarbeit ermöglichten. Dazu gehören auch manche Höhen und Tiefen, die gemeinsam erlebt und durchlitten wurden.

Für Eure Zukunft wünsche ich Euch alles Gute.

*Mit freundlichen Grüßen*

*Ulrich Maurer*

## Danke Uli!

Ulrich Maurer ist aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden. Wir bedanken uns bei ihm für seine Arbeit in den letzten acht Jahren auf Bundes- und Landesebene. Obwohl er nicht mehr kandidierte, hat er uns im Bundestagswahlkampf tatkräftig unterstützt. Uli war jahrzehntelang ein aktiver Linker in Baden-Württemberg – anfangs in der SPD, dann – konsequent gegen die Agenda 2010 agierend – der Parteiwechsel in die WASG und nach der Gründung 2007 dann als Mitglied in der LINKEN. „Linkes Urgestein aus Baden-Württemberg“ titelte treffend eine bekannte Tageszeitung. Uli bleibt unserem Landesverband als „einfaches“ Mitglied verbunden. Wir wünschen ihm alles Gute und uns auch zukünftig seinen Rat und seine Unterstützung.

*Geschäftsführender Landesvorstand*

## Einladung zu vier regionalen Mitglieder- versammlungen im Januar

Im Januar finden vier Regionalkonferenzen für die vier Regierungsbezirke Baden-Württembergs statt. Dazu lädt der Landesvorstand alle Mitglieder im jeweiligen Regierungsbezirk herzlich ein. Folgende Tagesordnungspunkte sind auf den Versammlungen vorgesehen:

1. Austausch über den Vorbereitungsstand zu den Kommunal- und zur Europawahl
2. Programmatische Eckpunkte für die Kommunalwahlen
3. Wahl von Vertreter/innen des Regierungsbezirks für die Bundesvertreterversammlung zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahl zum Europäischen Parlament 2014

**Zum Punkt 3: Die VertreterInnen aus Baden-Württemberg für die Wahl der Bundesliste zur Europawahl sind – jeweils quotiert – zu wählen:** für Nordwürttemberg 6 Vertreter/innen; für Südwürttemberg/Hohenzollern 4 Vertreter/innen; für Nordbaden 6 Vertreter/innen und für Südbaden 4 Vertreter/innen. Einzige Aufgabe dieser Vertreter/innen wird es sein, am 16. Februar 2014 in Hamburg die bundesweite Wahlliste der LINKEN für die Europawahlen mit zu wählen.

### Die vier Regionalkonferenzen finden statt:

**Für Nordbaden in Pforzheim** am Samstag, 18. Januar 2014, 10.30 Uhr, im Kulturhaus Osterfeld, Osterfeldstr. 12.

Eingeladen und stimmberechtigt sind die wahlberechtigten Mitglieder aus den Kreisverbänden Baden-Baden/Rastatt, Calw, Freudenstadt, Pforzheim-Enzkreis, Karlsruhe, Heidelberg / Badische Bergstraße, Kraichgau-Neckar-Odenwald, Mannheim, Rhein-Hardt.

**Für Südbaden in Freiburg** am Samstag, 18. Januar 2014, ab 13 h bis 17 h.

Aula der Hebelschule, Engelbergerstraße 2, 79106 Freiburg i.Br.

Eingeladen und stimmberechtigt sind die wahlberechtigten Mitglieder der Kreisverbände Konstanz, Schwarzwald-Baar-Rottweil-Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Breisgau-Hochschwarzwald, Freiburg, Emmendingen, Ortenau.

**Für Nordwürttemberg in Stuttgart** am Samstag, 18. Januar 2014, 10.30 Uhr in Stuttgart; Bürgerzentrum West, Bebelstraße 22, 70193 Stuttgart. (vom Hbf mit U 9 Richtung Botnang, Haltestelle Schwabstr./Bebelstr.9)

Eingeladen und stimmberechtigt sind die wahlberechtigten Mitglieder der Kreisverbände Stuttgart, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Heilbronn, Rems-Murr, Ostalb, Heidenheim, Hohenlohe/Schwäbisch-Hall, Main-Tauber.

**Für Südwürttemberg-Hohenzollern in Reutlingen** am Sonntag, 19. Januar 2014 um 10.30 Uhr. Naturfreundehaus Römerschanze; Marie-Curie-Straße 27, 72760 Reutlingen; Buslinien 3, X 3 und 4, Haltestelle Dietweg/Friedhof.

Eingeladen und stimmberechtigt sind die wahlberechtigten Mitglieder der Kreisverbände Ulm/Alb-Donau, Tübingen, Reutlingen, Zollernalb, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee-Friedrichshafen.

## Versammlung der Sprecher/innen aller Landes- arbeitsgemeinschaften

Am Samstag, den 14. Dezember 2013 findet ab 11.00 Uhr in Heidelberg, Verdi-Haus, Czernyring 20, eine Versammlung von allen Sprecher/innen der Landesarbeitsgemeinschaften unseres Landesverbands statt. Neben allgemeinen Koordinationsfragen zwischen den Landesarbeitsgemeinschaften wird ein Tagesordnungspunkt die Wahl der Delegierten der Landesarbeitsgemeinschaften für den Landesausschuss sein. Stimmberechtigt sind dabei nach der Landeswahlordnung nur die Sprecher/innen der Landesarbeitsgemeinschaften.

Der Landesvorstand

## Landesparteitag am 23. und 24. November 2013

Sängerhalle Untertürkheim,  
Lindenschulstraße 29,  
70327 Stuttgart.

Beginn ist am Samstag, 23.11.  
um 10.15 Uhr (Einlass ab 9 Uhr)



Der Landesparteitag wählt die Gremien der Landespartei neu sowie die Bundesausschussvertreter/innen und Bundesparteitagsdelegierten für zwei Jahre. Gäste sind willkommen, bitte anmelden.

## Wir trauern um Uta Spöri

Es ist schwer, von jemandem Abschied zu nehmen, der gestern noch lebensvoll, kreativ und kämpferisch an unserer Seite war. Uta – aktive Gewerkschafterin, Genossin aus Freiburg, Mitbegründerin der WASG, überzeugende Aktivistin in Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen, ist tot. Sie fehlt. Sie begleitet unsere Träume von einem besseren Leben... Sie ist Ansporn für uns. Bert Brecht lässt Me-ti im Buch der Wendungen sagen: „Auch wenn ein Freund weggeht, muss man die Türe schließen, sonst wird es zu kalt“. Es kann nicht kälter werden“, sagte Kin-jeh. „Doch es kann“, sagte Me-ti. *Sybillie Stamm*

Uta Spöri war Kreissprecherin der LINKEN in Freiburg. Die Trauerfeier findet statt am Samstag, 30.11. um 15 Uhr in Freiburg, Mensa der Hebelschule, Engelbergstr. 2

## Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel

Der Landesausschuss der LINKEN Baden-Württemberg fasste bei seiner Tagung am 27. Oktober folgenden Beschluss:

DIE LINKE. Baden-Württemberg steht und kämpft an der Seite der Beschäftigten im Einzelhandel. Sie verdienen die Solidarität von uns allen, gegen befristete und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. DIE LINKE wird sich in ganz Baden-Württemberg mit Adventsaktionen für gute Löhne und gute Jobs im Einzelhandel einsetzen. Die Beschäftigten im Einzelhandel leiden in besonderem Maße unter befristeten und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Schon seit dem Frühsommer kämpfen sie nun um einen Tarifvertrag. Als LINKE, die wir für Mindestlöhne und Jobs kämpfen, von denen man leben kann, unterstützen wir die Beschäftigten im Einzelhandel aktiv.



So sah die Advents-Aktionskarte für Verkäuferinnen im letzten Jahr aus.

## Adventssaktion: zum Mitmachen für Kreis- und Ortsverbände: Ihnen einen schönen Einkauf. Der Verkäuferin einen guten Lohn.

**Ein Angebot des Landesverbandes:** Bereits 2011 haben wir eine solche Aktion durchgeführt. Im Advent 2013 ist die Tarifaufeinanderersetzung im Einzelhandel auf dem Höhepunkt: Während die Kolleginnen, die in Verdi organisiert sind, einen Euro pro Stunde mehr fordern, haben die Arbeitgeber alle Tarifverträge gekündigt, mit der Absicht, an Zuschlägen für Nacht- und Wochenendarbeit sowie am Weihnachtsgeld zu kürzen. Außerdem sollen für Kassiererinnen und Regalfüllerinnen Leichtlohngruppen eingeführt werden.

Aber nicht nur im tariflich geregelten Bereich soll gekürzt werden: Immer mehr Beschäftigte im Einzelhandel arbeiten in befristeten Jobs mit geringer Arbeitszeit, oft am Abend, am Wochenende oder den Feiertagen. Der Arbeitsstress nimmt zu. Im Einzelhandel arbeiten vor allem Frauen, sie trifft diese Entwicklung besonders hart. Die vorgeschlagene Aktion beinhaltet einerseits, bei Kundinnen und Kunden Protest- und Solidaritäts-Unterschriften gegen diese Zustände zu sammeln, die dann via

### Richard Pitterle (MdB): 3.200 Euro für Lidl-Kassiererinnen

„Anlässlich der Erklärung der Lidl-Kette in der Schweiz, allen Vollzeit-Beschäftigten einen Mindestlohn von 4000 Franken zu zahlen (3237,90 Euro), also auch für Kassiererinnen, muss das Thema Mindestlohn und das Thema Arbeitsbedingungen deutscher Einzelhandels-Beschäftigter dringend auf den Tisch,“ erklärte der wieder gewählte baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Richard Pitterle:

„Es ist nicht nachvollziehbar, wie so ein baden-württembergisches Unternehmen des Einzelhandels im Ausland Löhne in der Größenordnung eines Facharbeiters der deutschen Metall- und Elektroindustrie zahlt, während hierzulande in der aktuellen Tarifaufeinanderersetzung des Einzelhandels seitens der Arbeitgeber Leichtlohngruppen für Kassiererinnen und Regalauffüller gefordert werden.“

Ferner wird hier deutlich, dass der von der Linken geforderte flächendeckende Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde in der Schweiz allerhöchstens ein mildes Lächeln hervorrufen kann, denn was Lidl hier zahlt, sind zwanzig Euro.

Und letztlich ist es offensichtlich, dass durch gesetzgeberische Maßnahmen in Deutschland Beschäftigte zwischenzeitlich in einer Art und Weise in eine Übervorteilung genötigt wurden, dass sie gezwungen sind, mieseste Jobs zu miesesten Löhnen zu akzeptieren.

Bundestagsfraktion der Linken an den deutschen Handelsverband weitergeleitet werden.

Außerdem werden an Verkäuferinnen Solidaritäts- und Sympathiekarten verteilt, bestückt mit einem Täfelchen Schokolade (kurz, was Süßes gegen den Weihnachts-Stress). Das kam bereits 2011 wirklich sehr gut an. Diese Aktion ist eine sehr gute Gelegenheit, als Linke in sympathischer Form in der Öffentlichkeit aufzutreten: Bei den Verkäuferinnen sowieso. Und bei den Kunden, wenn wir in der Begleitkarte schreiben: „Wir finden das nicht gerecht. Deshalb haben wir das Thema gute Arbeit und Löhne im Einzelhandel wiederholt auf die Tagesordnung im Bundestag gesetzt und einen Antrag zur Stärkung der Tarifverträge eingebracht. Wir wollen einen Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Einzelhandel – und überall.“

Wir unterstützen die Beschäftigten und werben dafür in der Öffentlichkeit.“  
*Stefan Dreher (LAG Betrieb und Gewerkschaft)*

Das ist – nicht nur im internationalen Vergleich – eine unerträgliche Aggression gegen die Menschenwürde.

DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, dazu gibt es im neuen Parlament eine Mehrheit. Wir fordern zudem die Beendigung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen für Lohndumping sowie die Abschaffung des entwürdigenden Hartz-IV-Systems, das Beschäftigte in Hungerarbeitsverhältnisse zwingt und den deutschen Steuerzahler nötigt, Lohndrückerei durch Aufstockung in Milliardenhöhe zu subventionieren. Übrigens perverserweise auch bei Beschäftigten der Firma Lidl.“

## Eine Belegschaft kämpft um ihr Werk!

NÜRTINGEN, 6. NOVEMBER. Bereits zweimal, 2007 und 2009, konnten die rund 100 Beschäftigten der Fa. Norgren in Großbettlingen (bei Nürtingen) die drohende Schließung ihres Werks und den Verlust ihrer Arbeitsplätze verhindern. Nun hat der britische Mutterkonzern IMI einen neuen Angriff auf die Kolleginnen und Kollegen gestartet. Nur dass die Art und Weise des Vorgehens unbedarfte Beobachter mit offenem Mund zurücklässt.

Am 30.8., als der Betriebsrat wegen einer externen Sitzung nicht im Betrieb war, verkündete die Werksleitung den Beschäftigten, im Beisein von 20 Wachleuten, dass das Werk zum Jahresende geschlossen werden soll. In den folgenden Wochen mussten die KollegInnen unter der Dauerbewachung der Securityleute arbeiten. Jeder Gang zum Klo wurde „eskortiert“.

Am Freitag, den 4.10., erhielt der Betriebsrat spätnachmittags, als kein BR-Mitglied mehr im Haus war, eine E-Mail, in der der BR „frühzeitig und im Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit“ darüber informiert wurde, dass am darauffolgenden Wochenende eine Montagelinie nach Tschechien gebracht werden sollte.

Durch den Anruf einer besorgten Nachbarin alarmiert, versammelten sich am Samstag, den 5.10. spontan viele Beschäftigte vor den Werkstoren und verhinderten so den Abtransport.

Seit diesem Tag bewachen die Kolleginnen und Kollegen ihr Werk rund um die Uhr, um zu verhindern, dass ihre Arbeitsplätze im wahrsten Wortsinn „abgebaut“ werden.

Seit Montag, dem 14.10. befindet sich die Belegschaft offiziell im unbefristeten Streik, 97% stimmten in der Urabstimmung der IG Metall dafür.

Die Werksleitung versucht die Produktion mit LeiharbeiterInnen aufrecht zu erhalten, die durch die Wachmannschaften in das Werk gebracht werden.





**Menschenkette bei Norgren in Großbettlingen** Fotos: Ralf Jaster

Diese LeiharbeiterInnen können den organisierten Streikbruch nicht verwei-

gern, wenn sie nicht gekündigt werden wollen.

Der Kampfgeist der Kolleginnen und Kollegen ist ungebrochen und die Solidarität aus den Betrieben der Region ist groß. Ausdruck der Solidarität war zuletzt eine Menschenkette um das komplette Werksgelände mit über 300 Teilnehmenden am 4.11.

Aus der Bevölkerung und aus vielen Betrieben gibt es große Unterstützung. Nachbarn bringen den Streikenden Verpflegung vorbei, der Musikverein spielte ein Platzkonzert und auch aus den anderen Vereinen kommt viel Unterstützung.

Die Kolleginnen und Kollegen sind Tag und Nacht vor dem Werktor Albstr. 13 in Großbettlingen anzutreffen und freuen sich über Besuch.

*Ralf Jaster*

Zur **finanziellen Unterstützung** der Norgren-KollegInnen gibt es ein Spendenkonto der IG Metall Esslingen: Konto 1040 bei der HELABA (BLZ: 50050000), Verwendungszweck: Streik Norgren. Bitte spendet zur Unterstützung der Streikenden! Solidarität ist eine Waffe!

Förderung geben langfristig Sinn für die ganze Gesellschaft.

Bernhard Löffler, DGB-Regionsvorsitzender, sprach im Zusammenhang mit der Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von seiner Enttäuschung, dass die Besteuerung der Reichen im Bundestag nicht umgesetzt wird. Eine rechnerische Mehrheit ist vorhanden (SPD-LINKE-Grüne).

In der anschließenden Diskussion meldeten sich Hasso Ehinger, Stadtrat der LINKEN, und Johannes Müllerschön, Kreisrat der LINKEN zu Wort. Ehinger begrüßte die Initiative zum Heilbronner Modell. Müllerschön machte klar, was die zuvor angesprochenen „Vermittlungshemmnisse“ beim Jobcenter bedeuten. So sind vorhandene Kinder oder nicht vorhandenes Auto bereits Vermittlungshemmnisse.

## Abschottung wirkt tödlich

Kolumne von Heike Hänsel im Schwäbischen Tagblatt, Ausgabe vom 25. Oktober

Heute berät die EU über die zukünftige Flüchtlingspolitik in Europa. Nach der Flüchtlingstragödie von Lampedusa, bei der mindestens 365 Menschen ums Leben gekommen sind, besteht Handlungsbedarf. Sollte man meinen. Aber die Bundesregierung bleibt hart in ihrer Position. Es sind ja auch nicht die ersten Toten, man hätte schon viel früher handeln müssen. Es gibt allerdings keine offiziellen Statistiken über die Toten an den EU-Außengrenzen. Flüchtlingsinitiativen gehen von mindestens 20 000 Toten in den letzten zwanzig Jahren aus. Damit sterben an den EU-Grenzen in Friedenszeiten mehr Menschen als an allen anderen Grenzen in der Welt.

Die nun „geschäftsführende“ Bundesregierung will weiterhin auf eine „verbesserte Flüchtlingsabwehr“ setzen und damit weiterhin Flüchtlinge statt Fluchtursachen bekämpfen. Solange deutsche Bundesregierungen aber Waffen in alle Welt exportieren lassen, darunter in viele Krisen- und Kriegsregionen, sind sie auch mitverantwortlich für die Kriegsflüchtlinge, die ihre Zuflucht in Europa suchen. Solange die EU eine aggressive Rohstoff- und Handelspolitik betreibt, die die Existenzgrundlagen vieler Kleinbauern und Fischer im Süden zerstört, ist ein Lamentieren über zu viele „Wirtschaftsflüchtlinge“ verlogen.

Die EU muss ihre Grenzen öffnen und eine europaweite Aufnahme ermöglichen, alle Mitgliedsstaaten sind gefordert, nicht nur die, die an den EU-Außengrenzen liegen. Es ist die europäische Abschottung, die Flüchtlinge auf

## „Arbeit gibt es genug“

HEILBRONN, 6.11.: Die Veranstaltung „Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit“ der Heilbronner Nikolaigemeinde und des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) hatte den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zum Thema. Entsprechend waren die Gäste auf das Podium geladen worden. Vertreter des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerflügels, ein mittelständischer Unternehmer und lokale Anbieter von Jobs im zweiten Arbeitsmarkt. Letztere erhoffen sich von der Politik deutliche Verbesserungen in diesem Bereich, deshalb waren auch Politiker aller Bundestagsparteien eingeladen. Gekommen sind lediglich Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Karlsruhe, und der Heilbronner Landtagsabgeordnete Rainer Hinderer (SPD).

Dabei ist das Problem der Integration von Langzeitarbeitslosen in die Berufswelt auch in Heilbronn vorhanden. Im Gegenteil trifft Langzeitarbeitslosigkeit zunehmend auch junge Menschen. Alle Anwesenden waren sich einig, dass dagegen was getan werden muss. Das Modell, welches hier Abhilfe schaffen soll, fasst alle Leistungen zusammen, die an den Langzeitarbeitslosen gehen und diese stellen einen Teil seines Lohnes dar, den er in einer so unterstützten Arbeitsstelle erhält. Der Unternehmer zahlt einen weiteren Teil dazu. In der Rechnung des Diakonie-Vertreters wäre das ein Lohn von 1700 Euro brutto. Die Initiative Pro Arbeit um die Heilbronner Aufbaugilde möchte dieses Modell als



**Viel los auf dem Podium (im Bild rechts: Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der LINKEN)**

Heilbronner Modell mit Pilotwirkung für ganz Deutschland erproben.

Karin Binder war es zu verdanken, dass in der Podiumsrunde überhaupt ein Blick über diese Hilfsangebote hinaus gewagt wurde. Sie kritisierte die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen des ersten Arbeitsmarktes. Ein komplettes Arbeitsleben ohne Brüche scheint zunehmend unmöglich zu sein. Durch die Hartz-Reformen wurden aber Umschulungen nahezu abgeschafft, es wird für immer mehr Menschen schwierig ein ganzes Arbeitsleben durch zu halten. Aber erst mal in Hartz IV ist die Person verarmt und hat hohe Chancen auf eine psychische Erkrankung (mehr als jeder Dritte Hartz-IV-Empfänger ist psychisch krank).

Statt einer Sparpolitik nach Quartalsergebnissen im Arbeitsmarkt und im Jobcenter fordert Binder die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen im Blick zu behalten. Umschulungen, Hilfestellung und vernünftige

immer tödlichere Wege zwingt. Ob die Neuauflage der Großen Koalition daran etwas ändern wird, ist fraglich. Denn beide Parteien haben den Asylkompromiss in den 1990er Jahren beschlossen und auch zahlreiche Verschärfungen in der Flüchtlingspolitik auf EU-Ebene mitgetragen.

Deshalb kommt es darauf an, nun öffentlichen Druck auszuüben, während der Koalitionsverhandlungen, für eine humanere Flüchtlingspolitik. Dazu tragen auch die bundesweiten Aktionen von Flüchtlingen bei, wie jüngst vor dem Brandenburger Tor und auch dem baden-württembergischen Integrationsministerium in Stuttgart, die sich wehren gegen miserable Unterbringung, fehlende medizinische Versorgung und ein striktes Arbeitsverbot. Lampedusa ist überall. Auch die rot-grüne Landesregierung ist hier gefordert. Und Tübingen könnte mit gutem Beispiel vorangehen und im Gemeinderat eine Aufnahme weiterer Flüchtlinge beschließen, für ein „weltoffenes“ Tübingen.

## LINKE fordert humane Flüchtlingspolitik

Der Tod von Hunderten von Menschen im Mittelmeer vor Lampedusa hat die Situation der Flüchtlinge in den Fokus der öffentlichen Diskussion gebracht. Länder mit EU-Außengrenzen wie Griechenland, Bulgarien oder Rumänien werden bewusst im Stich gelassen. Die Flüchtlinge bleiben auf der Strecke, rassistische Strömungen in den betroffenen Ländern werden gestärkt.

Die fortschreitende Militarisierung der EU-Außengrenzen ist besorgniserregend: FRONTEX, Grenzzäune, High-Tech-Überwachung und ständig neue Grenzeinheiten schotten die EU immer stärker gegen Flüchtlinge ab. Berichte, dass Schiffe der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX am aktiven Abdrängen von Flüchtlingsbooten im Mittelmeer beteiligt waren, belegen dies.

Deutschland betreibt seit vielen Jahrzehnten eine rassistisch motivierte Flüchtlingspolitik. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen durch die Residenzpflicht, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, die Verweigerung angemessener Hilfe zum Lebensunterhalt, das Sachleistungsprinzip und völlig überfüllte Flüchtlingsunterkünfte sind nur einige Beispiele.

DIE LINKE unterstützt die Forderung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, in Kommunen und Städten Liegenschaften zu finden, die eine humane Flüchtlingsunterbringung möglich machen. Organisationen der Flüchtlings- und Migrationsarbeit und AnwohnerInnen müssen in den Prozess der Suche



**Überlingen – Die Linken-Bundestagsabgeordnete Annette Groth besuchte die Sammelunterkunft für Asylbewerber in Goldbach. Sie versprach, sich für auseinandergerissene Familien einzusetzen, forderte aber auch von der Stadt, sich um Verbesserungen im Kleinen zu kümmern.**

und Eröffnung neuer Unterkünfte von Anfang an einbezogen werden.

DIE LINKE kritisiert, dass die Landesregierung in ihrem Entwurf eines neuen Flüchtlingsaufnahmegesetzes daran festhält, dass Sammelunterkünfte „geeignet sein sollen, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“. Die grün-rote Landesregierung erklärt damit Sammelunterkünfte für die Unterbringung von Flüchtlingen weiterhin für akzeptabel. Den Städten und Kommunen wird in dem Gesetzentwurf zwar als Regelfall die Umstellung von Sach- auf Bargeldleistungen empfohlen, die diskriminierenden Sachleistungsformen bleiben aber weiterhin möglich. Das halten wir für völlig inakzeptabel, denn in der Praxis werden viele Landkreise weiterhin daran festhalten, sich auf Sachleistungen zu beschränken. Obwohl in den „Vorläufigen Anwendungshinweisen“ des Integrationsministeriums vom 1.8.2012 alle Kreise auf Geldleistungen umstellen können, haben nur 16 der 44 Kreise eine solche Umstellung real vorgenommen. Dagegen halten Landkreise wie Freudenstadt oder der Enzkreis weiterhin an den überbelegten und diskriminierenden Essenspaketen fest.

DIE LINKE in Baden-Württemberg muss die Fehler der grün-roten Landesregierung in der Flüchtlingspolitik deutlich benennen und solidarische Aktionen mit und für Flüchtlinge organisieren.

In den Gemeinschaftsunterkünften in Kressbronn, Überlingen, Markdorf und Friedrichshafen im Bodenseekreis werden über 350 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften angeboten, die fast vollständig belegt sind. Einige dieser Gemeinschaftsunterkünfte habe ich bereits besucht, in andere werde ich in den nächsten Wochen gehen. Ich werde mit Betroffenen, antirassistischen Ini-

tiativen und Flüchtlingsorganisationen einen runden Tisch organisieren, um in diesem Rahmen Möglichkeiten für eine Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen diskutieren zu können.

Mein Wahlkreisbüro werde ich ausdrücklich als eine Anlaufstelle auch für Flüchtlinge entwickeln, um konkrete Hilfe und Öffentlichkeitsarbeit für und mit Flüchtlingen zu organisieren. Ich hoffe, dass sich DIE LINKE in Baden-Württemberg weiterhin als die Partei profiliert, die sich für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen engagiert. *Annette Groth, MdB, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*

**DIE LINKE unterstützte am 27. Juli NSA-Aktionstag in Karlsruhe, Freiburg, Tübingen und anderen Städten; dazu Karin Binder (MdB):**

**Stop watching us. Prism stoppen! Tempora stoppen! Überwachung stoppen!**

Täglich werden neue Details über die Überwachungsprogramme des amerikanischen Geheimdienstes NSA, die Zusammenarbeit mit den Deutschen Geheimdiensten bekannt. Es muss dringend geklärt werden, wie die verschiedenen deutschen Regierungskoalitionen CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne darin verstrickt sind oder waren. Millionen Menschen wurden in den vergangenen Jahren überwacht, belauscht und ausspioniert. Die Bevölkerung wurde in einer amerikanisch-deutschen Schnüffelkooperation unter Generalverdacht gestellt. Verbindungsdaten wurden gespeichert und persönliche Bewegungs- und Nutzerprofile der Betroffenen angelegt. Da-



# Schlapphüte im Bildungssektor

Wie der Inlandsgeheimdienst sich zum Bildungsakteur aufschwingt und warum viele immer noch darauf hereinfallen  
 Gastbeitrag von Michael Cszakóczy (GEW)

Als mit dem Tod der beiden Nazis Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt und der Verhaftung Beate Zschäpes das faschistische Terrornetzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU aufflog, interessierte sich die Presse in bisher noch nicht gekanntem Maße für die Organisationen, Strukturen und Strategien der gewalttätigen Naziszene. Fundierte Informationen erhielten die JournalistInnen damals weniger vom Inlandsgeheimdienst, der sich euphemistisch ‚Verfassungsschutz‘ (VS) nennt, sondern vor allem von antifaschistischen Initiativen, die von eben diesem Geheimdienst über Jahrzehnte hinweg bekämpft und als ‚linksextremistisch‘ diffamiert worden waren und denen für ihre Recherchen anders als dem VS kein aufwendiger Geheimdienstapparat zur Verfügung steht. Das erscheint zunächst verwunderlich, wurde doch im Nachhinein bekannt, dass die Geheimdienstbehörden konstant mit zahlreichen V-Leuten im direkten Umfeld des NSU präsent waren und somit über beste Informationen aus erster Hand verfügten. Als in den Folgemonaten dann immer wieder in ganz offensichtlich koordinierten Aktionen die Schredder beim VS heißliefen, um Informationen nicht etwa öffentlich zu machen, sondern gezielt zu vernichten, bekam man eine Ahnung davon, dass die Beziehung des VS zur rechten Szene über die eines reinen Beobachtungsverhältnisses weit hinausgeht.

Bereits das NPD-Verbotsverfahren war gescheitert, weil die Richter der Nazi-Partei angesichts ihrer Verbindung mit dem VS ‚mangelnde Staatsferne‘ attestierten. Der ehemalige Thüringer Nazi-V-Mann Thomas Dienel gab in einer Vernehmung an, vom VS eigens Geld für eine Kampagne gegen den damaligen Landesvorsitzenden der Gewerkschaft HBV erhalten zu haben. Die braune Vergangenheit der Inlandsgeheimdienste, ihre Indienstnahme alter Nazikader für den antikommunistischen Kampf, ihre Verstrickung in die kriminellen „Stay-Behind“-Strategien der Natostaaten – all das wird erst in den letzten Jahren zum Gegenstand der wissenschaftlichen und

öffentlichen Diskussion.

Baden-Württemberg konnte sich bislang nicht zu einem Untersuchungsausschuss zum NSU-VS-Skandal entschließen, obwohl das angesichts vieler Fäden, die im Südwesten zusammenlaufen, dringend nötig wäre. Die Untersuchungsausschüsse anderer Bundesländer und der des Bundes kommen zu niederschmetternden Ergebnissen: Eine wirksame demokratische Kontrolle der Geheimdienste habe nicht stattgefunden und sei angesichts der über lange Jahre gewachsenen Strukturen auch kaum möglich. In Bayern schrieben Grüne und SPD in ihr Votum: „Schon der Begriff ‚Verfassungsschutz‘ ist irreführend.“ Sie kritisierten aber auch die schleichende Kompetenzerweiterung des Geheimdienstes im Bildungsbereich: „Obwohl es bis heute keine allgemein anerkannte Definition von „Extremismus“ gibt, prägt die Extremismustheorie die Arbeit der Geheimdienste und des polizeilichen Staatsschutzes, bestimmt die Förderrichtlinien staatlich geförderter Programme gegen „Extremismus“ und findet in Schulen und in der politischen Bildung Verbreitung.“

Tatsächlich versucht der Verfassungsschutz auf vielfältigen Wegen in der Bildungsarbeit Fuß zu fassen. Leitbild ist dabei der wissenschaftlich mehr als fragwürdige „Extremismusansatz“. Die stabile Demokratie hat nach diesem Konzept ihre Stütze in der gesellschaftlichen Mitte, bedroht wird sie von den ‚Rändern‘ des politischen Spektrums, die sich in ihrer Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dabei wesensähnlich würden. Was dabei noch Mitte und was ‚extremistisch‘ ist, bleibt letztlich der Definitionsmacht des Staates und damit im Konkreten dem berichterstattenden Geheimdienst überlassen. Wie wandelbar und abhängig vom gesellschaftlichen Klima solche willkürlichen Zuschreibungen sind, ist offensichtlich. Äußerungen über die Unzulänglichkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die heute Allgemeinplätze in den Reden der bürgerlichen Parteien sind, wären noch vor zehn

Jahren Anlass für eine Einstufung als Verfassungsfeind und eine Beobachtung durch den Inlandsgeheimdienst gewesen. Autoritäre Einstellungen, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus, die dem Milieu der gesellschaftlichen Mitte entspringen, waren gerade in den letzten zehn Jahren immer wieder Thema politikwissenschaftlicher und soziologischer Studien. Im holzschnittartigen Freund-Feind-Gefüge des Verfassungsschutzes haben solche Erkenntnisse keinen Platz.

Logische Folge einer solchen Konzeption ist die in den jährlichen Verfassungsschutzberichten zu beobachtende Gleichsetzung von kapitalismuskritischen Gruppen mit neonazistischen Schlägerbanden. Diese Gleichsetzung bleibt für die derart Stigmatisierten nicht ohne Folgen: Von der öffentlichen Diffamierung über die Streichung dringend notwendiger Fördermittel für antifaschistische Initiativen und die Abkennung der Gemeinnützigkeit bis hin zum Berufsverbot. Von der dauerhaften Vergiftung eines offenen gesellschaftlichen Diskussionsklimas und den persönlichen Einschränkungen, die eine oft jahrzehntelange geheimdienstliche Beobachtung mit sich bringt, soll an dieser Stelle gar nicht die Rede sein.

Wissenschaftler wie die Professoren Uwe Backes und Eckhard Jesse, die sich dem VS als Haus- und Hofschreiber andienen, scheuen sich nicht, unter Bezugnahme auf die Extremismustheorie Biografien von NS-Tätern und KZ-Opfern unter der gemeinsamen Rubrik „Karriereverläufe von Extremisten im Vergleich“ zusammenzufassen. (vgl. Backes / Jesse: Politischer Extremismus in der BRD, 1993)

Verbreitet werden solche Publikationen dann kostenlos über die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung. Diesen Weg geht der Verfassungsschutz generell gerne, wenn es darum geht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wohl wissend, dass es die gesetzliche Grundlage für eine Propaganda- oder Bildungstätigkeit des VS nicht gibt. Es existiert in den Landesgesetzen zwar ein ‚Informationsauftrag‘, der allerdings im Sinne einer Rechenschaftspflicht gemeint ist und keinesfalls die absurde Vorstellung einschließt, ausgerechnet der Geheimdienst sei dazu berufen, „gute DemokratInnen zu erziehen.“

Genau dies fordert aber der baden-württembergische VS, wenn seine Präsidentin bei der Präsentation des Bildungsprogramms Team-meX erklärt: „Junge Menschen müssen für die zentralen Werte unserer freiheitlich demo-



Michael Cszakóczy ist Realschullehrer. Er wurde 2003 bis 2007 mit Berufsverbot belegt. 2007 musste das Verbot zurückgenommen werden.

kratischen Grundordnung gewonnen werden, um Jugendliche stark zu machen gegen extremistische Denkmuster. Deshalb bringen wir unser Wissen über Ideologie und Strukturen des Rechts-Extremismus in das Präventionsprojekt Team meX ein.“

Ebenfalls auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung fand sich ein vom VS ‚inspiriertes‘ „Aufklärungsvideo“ zum Thema Extremismus, das nach öffentlichen Protesten wieder vom Netz genommen wurde. Darin hieß es unter anderem: „Die Linken fackeln Luxuskarossen ab und die Rechten kontern mit den sogenannten Dönermorden.“ – Ein „Privatkrieg“, wie es an späterer Stelle heißt. Die rassistische Mordserie als Antwort auf angezündete Autos. Wie sich vor Gericht übrigens später herausstellte, ging die damals gerade aktuelle Serie von Brandanschlägen auf geparkte Autos keineswegs auf das Konto von Linken, sondern auf das eines politisch völlig unambitionierten Mannes mit psychischen Problemen. Die Verfassungsschutzämter bieten eine ganze Reihe von Vorträgen und Materialien an – auf ihren eigenen Homepages, den Bildungsservern, auf lehrer-online, aber auch über die Landeszentralen für politische Bildung.

Die vom Verfassungsschutz in Eigenregie betriebene ‚Bildungsarbeit‘ (der baden-württembergische VS unterhält trotz fehlenden Verfassungsauftrags ein eigenes Referat ‚Öffentlichkeitsarbeit‘) ist kaum weniger grobschlächtig. Bestenfalls ist sie ein schlechter Abklatsch von Zusammenstellungen, die linke Gruppen zusammengetragen haben, wie etwa die sogenannte Versteckspiel-Broschüre über Erkennungszeichen und Dresscodes von Neonazis, die vom Verfassungsschutz plump kopiert wurde. Wer Informationen über aktuelle Entwicklungen in der Naziszene bekommen möchte, tut gut daran, sich lieber vertrauensvoll an die nächstgelegene Antifa-Initiative zu wenden, als einen ‚Experten‘ zu buchen, der auf der Homepage des Verfassungsschutzes angefragt werden kann.

Direkt für den Einsatz im Unterricht gedacht sind die vom nordrhein-westfälischen VS herausgegebenen „Andi-Comics“, die auf Comic-Format heruntergebrochen die Extremismustheorie illustrieren sollen und dabei vor kaum einem Klischee zurückschrecken: Türkinnen tragen eben Kopftuch, Nazis erkennt man an Bomberjacke und Glatze und Linke nehmen Drogen, reden entweder unverständliches akademisches Kauderwelsch aus plumpen Schlagworten oder sind gerade mal in der Lage, zu artikulieren, dass sie halt gegen das ‚Scheiß-System‘ sind. Aber im Grunde ist auch dieser Unterschied für den VS irrelevant. In einer Schlüsselszene des

Comics gibt eine ‚Linke‘ die Parole aus: „Wir müssen der Gesellschaft ein Zeichen setzen. Trotzdem gilt für die Gegendemo: Keine Gewalt!“ Auf die Rückfrage, was das denn zu bedeuten habe, erhält der Titelheld Andi die Antwort: „Das heißt, wir sollen uns nicht erwischen lassen.“ Prägnanter lässt sich das Bild, das der VS von Linken vermitteln möchte kaum zusammenfassen: Egal, was sie auch sagen, sie sind gefährlich, eben weil sie Linke sind. Kann man ihnen nichts Böses nachweisen, so liegt das schlicht daran, dass ihre wahren Ziele noch nicht aufgefliegen sind.

Die „Bildungsarbeit“ des Geheimdienstes im Bereich des sogenannten ‚Ausländerextremismus‘ ist selbst von rassistischen Klischees durchzogen. So wird die einschlägige Broschüre des LfVs vom Bild eines jungen Mannes geziert, der mit grimmiger Miene in eine kurdische Fahne gehüllt durch ein Flammenmeer springt. Die digital nachbearbeiteten Rauchschwaden suggerieren das bedrohliche Szenario einer Straßenschlacht. Tatsächlich stammt das Foto von einem traditionellen Feuersprung beim kurdischen Frühlingsfest Newroz. Die Diffamierung des jungen Mannes und seine Persönlichkeitsrechte sind dem Geheimdienst dabei offenbar herzlich gleichgültig.

Von LehrerInnen wird durchaus gern auf das Bildungsangebot zurückgegriffen – sei es, dass man sich selbst nicht kompetent genug fühlt, sei es, weil kostenloses, ansprechendes und didaktisch aufgearbeitetes Material selten ist, sei es, weil sowohl die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung als auch der Verfassungsschutz immer noch als Institutionen gelten, die quasi das Qualitätssiegel staatlicher Legitimation tragen. Auch viele GewerkschafterInnen, denen beileibe keine bösen Absichten zu unterstellen sind und die in der konkreten Arbeit sicher viel Positives leisten, lassen sich für die Mitarbeit in Projekten wie Team-meX gewinnen, die den Extremismusbegriff schon in ihrem Namen tragen und mit denen der Verfassungsschutz öffentlich Werbung macht.

Aber warum eigentlich? Welche Nachricht der letzten Jahre wäre dazu geeignet, Vertrauen in die Einschätzungen und die Politik des Inlandsgeheimdienstes zu wecken? Dass der Verfassungsschutz zum Thema Neonazismus nicht nur Falsches sagt und man im Kampf gegen Rechts auf jede denkbare Hilfe zurückgreifen müsse, ist ein denkbar schlechtes Argument. Denn umsonst ist die Hilfestellung des VS keineswegs: sie wird erkaufte mit der Rehabilitierung eines Geheimdienstes, der personell und ideologisch immer wieder unter Beweis gestellt hat, dass sein Kampf gegen linke und emanzipatorische Bewegungen und seine Förderung rechter Strukturen

beileibe keine „Zufälle“ oder „Ausrutscher“ waren. Sie wird darüber hinaus erkaufte mit der Akzeptanz und Weiterpropagierung der unhaltbaren Extremismuskonzeption, die die Legitimationsideologie des Inlandsgeheimdienstes darstellt. Ganz praktische Konsequenz ist die immer noch fortdauernde Ausgrenzung und Kriminalisierung antirassistischer und antifaschistischer Initiativen, deren Arbeit nötiger ist denn je und die – davon einmal abgesehen – mehr Fachkompetenz zu bieten haben, als der ‚Verfassungsschutz mit all seinen bezahlten Spitzeln.

Der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Dr. Rolf Gössner hat zurecht darauf hingewiesen, dass Geheimdienste per se einen Fremdkörper innerhalb der Demokratie darstellen. Sie zu entmachten, ist allemal ein lohnendes Ziel. Ein erster Schritt wäre es, wenn die GEW als Bildungsgewerkschaft sich konsequent jeder Zusammenarbeit mit dem ‚Verfassungsschutz‘ verweigern und dafür sorgen würde, dass der Geheimdienst mit seiner „Extremismuspropaganda“ keine Rolle in der schulischen und universitären Bildung mehr spielen kann.

*Wir danken für die freundliche Genehmigung des Abdrucks durch den Autor und die GEW-Zeitschrift b&w.*

### **Bundesverfassungsgericht schützt DIE LINKE vor Geheimdienstüberwachung**

Anlässlich des Verfassungsgerichts-urteils, das die geheimdienstliche Überwachung von Bodo Ramelow als Verstoß gegen das Grundgesetz einstuft, forderte Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN in Baden-Württemberg, die vollständige Beendigung der Bespitzelung auch des baden-württembergischen Landesverbandes seiner Partei und dessen Zusammenschlüsse. „Die SPD-Grün geführte Landesregierung führt sich weiter auf wie im Kalten Krieg und lässt durch Geheimdienstorgane unsere Partei bzw. einen Teil ihrer Zusammenschlüsse bespitzeln“, so Strasdeit weiter. DIE LINKE Baden-Württemberg vertritt die Grundwerte des demokratischen Sozialismus. Sie verfolgt alle ihre politischen Ziele im Rahmen des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Die Teilüberwachung der LINKEN und ihrer gewählten Mandatsträger durch Geheimdienste muss durch die Landesregierung endlich gestoppt werden. Den politischen Konkurrenten mit geheimdienstlichen Mitteln zu bekämpfen, ist Ausdruck eines Demokratiedefizits.

*Pressemitteilung, Landesvorstand, 9.10.2013*

## Information zu den Kommunalwahlen 2014

In Baden-Württemberg finden am 25. Mai 2014 Kommunalwahlen statt, zusammen mit der Europawahl. Der Landesverband unterstützt den Wahlantritt in den Kreisverbänden durch Listen der Linken (offene Listen der Partei DIE LINKE sowie Bündnislisten unter Beteiligung der LINKEN), deren Antritt von den zuständigen Kreisverbänden beschlossen ist. Ziel ist es, in möglichst vielen Städten und Landkreisen mit linken Positionen Mandate in Rathäusern und Kreistagen zu erzielen. Die kommunalpolitischen Eckpunkte des Landesverbandes werden unter Einbeziehung unserer Mandatsträger/innen, der Kreisverbände und des kommunalpolitischen Forums bis Januar 2014 überarbeitet, zur Beratung vorgelegt und dann verabschiedet. Auf den vier regionalen Mitgliederversammlungen am 18./19. Januar 2014 sollen dazu übergreifende Themenschwerpunkte unserer Politik in den Kommunen und Kreistagen nach Vorbereitung durch den Landesvorstand (Büro Landespolitik) beraten werden, falls möglich auch in Arbeitsgruppen. Derzeit ist dazu eine Broschüre mit Beiträgen kommunaler Mandatsträger/innen in Arbeit. Beim Landesparteitag wird es einen vom Landesvorstand eingebrachten Entwurf für eine aktuelle Resolution geben.

Für den Landesvorstand: *Christoph Cornides und Bernhard Strasdeit*

### Hinweise zur Kommunalwahl 2014

## Die erste Phase des Wahlkampfes hat begonnen

Am 25. Mai 2014 finden zusammen mit der Europawahl in ganz Baden-Württemberg auch Kommunalwahlen statt. In 1101 Gemeinden sind die Gemeinderäte, in 35 Landkreisen die Kreistage neu zu wählen. Aus wahlrechtlicher Sicht haben sich seit der letzten Kommunalwahl 2009 die Rahmenbedingungen für Wahlantritte der LINKEN in mehrfacher Hinsicht verändert: Erstens braucht die LINKE bei Kandidaturen zu Gemeinderäten und Kreistagen, in die sie bereits 2009 gewählt wurde, keine Unterstützungsunterschriften für die Wahlzulassung mehr zu sammeln. Das erleichtert für viele Kreisverbände die Arbeit.

Zweitens wurde das Kommunalwahlgesetz zwischenzeitlich so geändert, dass für den Einzug in einen Gemeinderat oder Kreistag mit einem Sitz nun im Vergleich zu 2009 nur noch die Hälfte der Stimmen notwendig ist. Das erhöht die Chancen für die LINKE erheblich. Beispiel: Waren in einer Stadt wie z.B. Pforzheim 2009 noch 2,6% der Stimmen notwendig, um mit einem Sitz in den Gemeinderat zu kommen, so genügen dafür jetzt 1,3%. Für einen Einzug in den Kreistag z.B. des Rems-Murr-Krei-

ses mit einem Sitz sind jetzt nicht mehr 1,2%, sondern nur noch 0,6% notwendig. Die Werte sind je nach Einwohnerzahl der Gemeinde bzw. des Landkreises unterschiedlich, haben sich aber im Vergleich zu 2009 überall halbiert.

Drittens wurde durch den Landtag die bisherige Regelung abgeschafft, dass bei Kreistagswahlen Kandidierende in zwei Wahlkreisen antreten können. Dadurch ist nun die doppelte Zahl an Kandidierenden notwendig, um alle Wahlkreise vollständig besetzen zu können. Es ist jedoch möglich, bei der Kreistagswahl in einem beliebigen Wahlkreis seines Landkreises anzutreten. Für die LINKE erschwert das die Rahmenbedingungen bei Kreistagswahlen erheblich, indem nun wesentlich mehr Kandidierende gesucht und gefunden werden müssen (die nicht Parteimitglieder zu sein brauchen).

Auch bei Gemeinderatswahlen bleibt es oft schwierig, ausreichend viele Kandidierende zu finden, denn mit jedem nicht besetzten Listenplatz gehen durch das in Baden-Württemberg geltende Wahlrecht so gut wie automatisch Stimmen verloren.

Dennoch: auch mit unvollständigen

Listen ist es möglich, Mandate zu erzielen. In allen Kreisverbänden sollte in den nächsten Wochen der Fokus der Anstrengungen auf der Kandidatensuche liegen. Zur Kandidatur bereite Mitglieder und Sympathisanten können und sollten schon jetzt (!) das amtliche Formblatt mit ihrer Zustimmung zur Kandidatur unterschreiben.

Für den Landesverband koordiniert die organisatorischen Vorbereitungen für die Kommunalwahlen Edgar Wunder (mail@edgarwunder.de). Er hat dazu im September bereits allen Kreisvorständen individuell für jeden Kreisverband ausgearbeitete Übersichten zu den Anforderungen und Wahlchancen in den jeweiligen Gemeinden bzw. Landkreisen übersandt, sowie ein Merkblatt (inkl. der benötigten Formulare), was in der ersten Phase der Wahlkampf vorbereitungen (also bei der Kandidatensuche) alles zu beachten und abzuarbeiten ist. Ein weiteres Merkblatt für die zweite Phase des Vorwahlkampfes (Durchführung der Nominierungsversammlungen für die Listenaufstellungen) wurde parallel zu diesem Landesinfo an die Kreisvorstände verschickt. Entscheidend ist nun, dass alle Kreisverbände einen Verantwortlichen für die Vorbereitung der Kommunalwahlen im Kreisverbandsgebiet benennen und dieser den jeweils aktuellen Planungsstand umgehend dem Landesverband mitteilt, damit dieser unterstützend tätig werden kann.

Die kommunale Verankerung mit Mandaten in Gemeinderäten und Kreistagen ist für den langfristigen Erfolg der LINKEN entscheidend. Ohne diese Verankerung werden wir vor Ort wenig wahrzunehmen. Es ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer sachpolitischen Kompetenz in der Breite vor Ort – und damit auch eine wesentliche Basis für Wahlerfolge bei späteren anderen Wahlen. Deshalb werden alle Mitglieder gebeten, sich als Kandidierende für die Wahllisten zur Verfügung zu stellen.

*Büro Landespolitik (Kontakt: Edgar Wunder und Landesgeschäftsstelle)*

### Pressesplitter aus der „Stuttgarter Zeitung“

#### Lieblingskanzler der Bosse

Frage: Mit welchem Bundeskanzler haben sie am liebsten zusammengearbeitet?

*Arbeitgeberpräsident Hundt:* Mit Schröder. Er war aufgeschlossen und hat sich auch überzeugen lassen. 2002 hat mir Schröder beispielsweise nach einem Vier-Augen-Gespräch in die Hand versprochen: Solange er Kanzler sei, werde es keinen Mindestlohn in Deutschland geben. (*StZ*, 26.10.13)

#### Mieten

„Ein junger Mann hat mir eine E-Mail

geschrieben, 350 Euro soll er für einen Schlafplatz in einer Zwölfer-WG im Stuttgarter Süden bezahlen. Die Preisexplosion kennt offenbar keine Grenzen mehr.“

*Rolf Gassmann vom Mieterbund, StZ 21.10.13*

#### Abgeschirmtes Wohnen in Stuttgart

Die Mieten steigen, ärmere Bewohner werden vertrieben. Werden die Innenstädte zu Luxusquartieren für Yuppies? Abgeschottete Wohnviertel hier, brennende Vorstädte dort? Auch in Deutschland wächst die Tendenz zum „abge-

schirmten Wohnen“, unter anderem mit der Siedlung Rosenpark in Stuttgart-Vaihingen. (*StZ*, 21.10.13)

#### Parteien und reale Macht

Spätestens seit den großen Bankenskandalen wissen wir: Die Politiker und mit ihnen die Parteien sind zu Getriebenen der Finanzmärkte geworden. Wir sollten die Parteien nicht zu sehr verachten. Die Bürger können Parteien, die ihr Vertrauen verspielt haben, zumindest abstrafen. Das können Bürger mit den wenigsten tun, die über sie im realen Leben Macht haben.“ (*StZ* 30.10.13)

## LINKE Pforzheim: Vorstandswahl und kommunalpolitische Zielsetzung

Bei Ihrem Kreisparteitag am 18. Oktober kam DIE LINKE Pforzheim/Enzkreis zusammen, um die Ergebnisse der Bundestagswahl gemeinsam auszuwerten und einen neuen Vorstand zu wählen.

Im geschäftsführenden Vorstand wurden Kreisvorsitzender Milan Kopriva und Schatzmeister Hans-Dieter Häger in ihren Ämtern bestätigt. Hinzu kam als neuer stellvertretender Kreisvorsitzender Lars Hilbig. Der erweiterte Kreisvorstand setzt sich aus Jacqueline Solar, Sandra Vincelj, Günter Gayer und Klaus Großmann zusammen.

Als Schwerpunkt für seine Legislatur hat sich der Vorstand die weitere kommunale Verankerung der Partei in der Region zum Ziel gesetzt. Hierbei wird die Bündnisarbeit, nicht nur in der „Initiative gegen Rechts“, sondern auch im Bündnis „Busse zurück in Bürgerhand – Initiative Pro Bürgerentscheid“ eine zentrale Rolle spielen.

Mit Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen sagte Milan Kopriva: „Wir sind mit Claus Spohn bereits sehr gut im Gemeinderat der Stadt Pforzheim vertreten. Hierauf wollen wir aufbauen und nach den Wahlen in Fraktionsstärke einziehen, um noch stärker als soziales Korrektiv die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Pforzheims vertreten zu können.“

## Freiburg: Neue Wege in der Kommunalpolitik – Vorwahlen zur KandidatInnenaufstellung

Die Linke Liste-Solidarische Stadt Freiburg wird im Vorfeld der Kommunalwahlen 2014 einen völlig neuen Weg bei der Aufstellung der Kommunalwahllisten beschreiten.

Die Linke Liste-Solidarische Stadt beabsichtigt die Hälfte aller Plätze auf ihrer Kommunalwahlliste in Vorwahlen (in Stadtteilen) vorbestimmen zu lassen. Die hier bestimmten KandidatInnen werden dann durch die Gremien der Linke Liste auf der Wahlversammlung den Mitgliedern zur Wahl vorgeschlagen.

Über diesen Weg werden wesentlich mehr Menschen an der Auswahl ihrer kommunalpolitischen VertreterInnen beteiligt. Zudem erhalten eigentlich Nicht-Wahlberechtigte (andere Staatsbürgerschaft, Jugendliche unter 16 u.a.) wichtige zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten, die ihnen bisher aufgrund wahlrechtlicher Bestimmungen verweigert werden

*Linke Liste – Solidarische Stadt*



Der neue Kreisvorstand im Pforzheim/Enzkreis. Von links: Lars Hilbig, Klaus Großmann, Milan Kopriva, Sandra Vincelj, Günter Gayer, Jacqueline Solar und Hans-Dieter Häger

## Schwäbisch Gmünd: „Wir werben für die Fraktionsstärke für DIE LINKE“

Stadtrat Sebastian Fritz am 11. Oktober in der Gmünder Tagespost:

„Den Sprung zur Fraktionsstärke – drei Stadträte – will die Linke schaffen. Zurzeit sei die Fraktion noch im Aufbau, sagt Sebastian Fritz. Beide Linke-Stadträte kandidieren wieder. Gmünd 2020, Bildung und soziale Themen nennt Fritz als Schwerpunkte.“



## Überlingen: Die Linke denkt an Kandidatur für Gemeinderat



ÜBERLINGEN – Roland Biniossek, lokale Speerspitze der Partei Die Linke in Überlingen, bastelt derzeit an einer Kandidatenliste für den Gemeinderat in Überlingen. Einige Mitstreiter habe er schon, wie er erklärt: Er warte nur ihre

Unterschrift ab. Noch haben sie keine definitive Entscheidung getroffen, doch mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Partei Die Linke im kommenden Jahr erstmals auch bei den Gemeinderatswahlen in Überlingen antreten. Roland Biniossek als lokale Speerspitze zählt ohnehin zu den wenigen regelmäßigen Beobachtern jeder Ratssitzung.

Im Kreisrat sind sie seit 2009 ver-

treten, mit Annette Groth haben sie nun ein wirkungsvolles Gesicht in der Bundespolitik, freute sich Günter Lutz aus Owingen, der seit 2010 Vorsitzender ist. Da sei eine weitere Kandidatur auf kommunaler Ebene nur konsequent. „Die Linke gehört in die Kommune“, bekräftigte auch Ursula Wahlert (Uhltingen-Mühlhofen), die sich der politischen Bildungsarbeit angenommen hat.

Dass die Linke bei Zustandekommen der Großen Koalition im Bund künftig die stärkste Oppositionspartei sei, ist für Lutz nur ein schwacher Trost. Der Bankkaufmann aus Taisersdorf trauert eher den „zahlreichen Schnittmengen“ nach, die es in den Programmen von SPD, Grünen und Linken gegeben habe. Eine Koalition der drei Parteien wäre aus dieser Perspektive für ihn gut denkbar gewesen. Die Aufregung um die eigene Forderung von 10 Euro Mindestlohn versteht Lutz überhaupt nicht.

Selbst Lidl-Unternehmer Schwarz zahle Mitarbeitern in der Schweiz 4000 Franken, habe er recherchiert, was umgerechnet einem Stundenlohn von etwa 20 Euro entspreche: „Und dort sind die Produkte auch nicht teurer.“

Das Positive sieht Roland Biniossek in der heraufziehenden großen Koalition. Die SPD müsse in vielen Fragen „umfallen“, sagt er voraus: „Dadurch kommen wir in eine strategisch ausgezeichnete Lage.“ Biniossek sieht viel „politischen Raum“ frei werden, in den die Linke mit ihrer Kernkompetenz der „sozialen Gerechtigkeit“ hineinstoßen könne. Derlei Themen seien auch im kommunalen Bereich, insbesondere in Überlingen, immer relevanter. Überlingen sei eine sehr schöne Stadt, doch die Klassenspaltung werde gerade hier immer deutlicher. Um dies zu sehen, bedürfe es nur eines Besuchs bei der „Tafel“. Biniossek: „Es gibt zwei verschiedene Welten, doch sie treffen sich nicht.“

*Quelle: Südkurier*

## Hochschule Mannheim und Stadt Mannheim ziehen Zwischenbilanz zur „neuen Migration aus Südosteuropa“

Ein knappes Jahr ist es her, dass sich der Mannheimer Gemeinderat erstmals umfassend mit der „neueren EU-Binnenwanderung aus Bulgarien und Rumänien“ befasste und einer Vorlage „Sachstandsbericht und erste Handlungsempfehlungen“ zustimmte mit 300 000 Euro flexiblen Mitteln für Integration und Hilfen, sowie zweimal 300 000 Euro für einen „ordnungspolitisch“ orientierten „Außendienst“.

Nun fand an der Hochschule Mannheim in gemeinsamer Trägerschaft mit der Stadt Mannheim eine Podiumsdiskussion statt unter dem vielsagenden Titel: „Neue Migration aus Südosteuropa – nur Herausforderung oder auch Chancen für Mannheim?“. Auf dem Podium die geballte städtische bzw. stadtnahe Praxis und als Moderator Prof. Ralf Vandamme von der Hochschule.

### Kritik an rassistischer Perspektive

In einem Impulsreferat geht Prof. Susanne Lang, Medienpädagogin, hart mit der Stadt und der Presse ins Gericht. Sie fragt: Wo ist das Neue an dieser Migration? Man führe einen Diskurs der Differenz, obwohl laut Bundesagenturchef Weise 80% der Ankommenen gute Berufsqualifizierung hätten. Es handle sich nicht einfach nur um Armutsmigration. Und auch die Menschen, die tatsächlich Armutsmigranten seien, dürften laut einer EU-Konvention wegen der Gefahr der Diskriminierung in ihren Heimatländern nicht „zurückgeführt“ werden.

Lang kritisiert den Deutschen Städtetag, der in einer Erklärung die Befürchtung geäußert habe, die südosteuropäischen Migranten böten den Rechtsradikalen eine Projektionsfläche. Lang bezeichnet dies als „sekundären Rassismus“. Anhand von lokalen Medienberichten aus dem Jahr 2011 über die „Neue Migration“ weist sie darauf hin, dass hier ein Diskurs geführt worden sei über „Ordnungsstörungen“ und „Gefährdung durch Migranten“. Die Migranten selbst seien überhaupt nicht zu Wort gekommen. Die Medienpädagogin stellt dagegen erste Ergebnisse eines Videoprojekts einer Studierendengruppe vor, in dem diese ausführliche Interviews mit Migrantinnen und Migranten aus Rumänien und Bulgarien aufzeichnen, getreu der Devise, nicht über sondern mit den Betroffenen zu reden.

Die Ausführungen der Professorin reizten im Folgenden das gesamte „Praktiker“-Podium zu erheblichem Widerspruch.

### Genz: Wir reden inzwischen sehr viel mit den Menschen

Herrmann Genz, Chef des Mannheimer Sozialamtes, stellt die zitierten Zahlen

der Bundesagentur für Arbeit generell in Frage. „Glauben Sie keiner Zahl!“ Er könne für Mannheim nur zwei Zahlen mit Sicherheit nennen: Angemeldet seien zurzeit 3.400 Migranten aus Bulgarien und Rumänien, und 1.200 davon hätten eine offizielle Arbeitsgenehmigung. Er schätzt, dass sich gegenwärtig an die 10 000 Migranten aus diesen Staaten in Mannheim befänden. Die allermeisten in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Die Qualifikationen gingen quer Beet. Inzwischen seien beispielsweise ein Drittel aller in Rumänien und Bulgarien ausgebildeten Ärzte in Deutschland beschäftigt. „Einzelbeispiele bringen nichts – es gibt einfach alles!“, entgegnet Genz der Medienpädagogik. Man habe sich inzwischen durch ganz viele Gespräche mit Betroffenen ein umfassendes Bild gemacht

### Kritik an EU und Bund

Scharf kritisiert Genz die EU, die die beiden Länder aufgenommen habe, ohne dass diese dafür reif gewesen seien. Ferner kritisierte er SGB II und III, die diese Menschen in die Illegalität drängten durch Arbeitsverbote und Nichtgewährung von Grundsicherung. Gegen die ausbeuterischen Wohnungsverhältnisse, unter denen viele der Migranten leiden, könne man in Baden-Württemberg im Gegensatz zu Hessen rechtlich nicht einschreiten. Skandalös findet Genz auch, dass die beiden Staaten die drei Milliarden „Unterstützungsgelder der EU“ nicht abgerufen hätten. Diese drei Milliarden Euro müssten dorthin umgeleitet werden, wo die Migranten jetzt leben, für Bildung und Unterkunft beispielsweise.

Wie Genz zweifelt auch die Geschäftsführerin des Migrationsbeirates, Daphne Hadjiandreou-Boll, die Zahlen aus Brüssel und der Bundesagentur an: Mannheim habe diese Form der Migration nur in vier Stadtteilen. Dort aber liege die Qualifikationsquote weit unter 80%. Auch sie betont, es gebe inzwischen genug SachbearbeiterInnen bei der Stadt, die sich muttersprachlich mit den Menschen unterhalten können. Daneben gebe es viele Einzelmenschen und Initiativen, die sich um diese Menschen kümmern. Dem pflichtet Genz bei: „Wir brauchen keine neuen Beratungsstellen. Es laufen da genug Menschen rum. Aber die bräuchten ein paar Hunderttausend Euro.“

(Anmerkung: Die wird der neue Doppelhaushalt 2014/15 ihnen jedoch nicht geben. Sogar die 300 000 Euro für Integrationsfonds waren eine Einmalleistung für 2013. Die Landesregierung werde 120 000 Euro stellen, so die Ankündigung in den Haushaltsreden).

Brigitte Bauder-Ztavern, Rektorin der Neckarschule mit einem Migrantenanteil von 90%, kann auf eine eigens eingerichtete Vorbereitungsklasse verweisen, an der 35 vorwiegend bulgarische Kinder unterrichtet werden. Die sonstigen Kinder seien aber durch diese Kraftanstrengung in den Hintergrund getreten. „Wir bräuchten dreimal mehr pädagogisches Personal“. Von der Hochschule Mannheim melden sich immer wieder StudentInnen, die Kinder in Einzelarbeit unterstützen. In diesem Jahr seien es jedoch merklich weniger Studenten gewesen.

Der Quartiermanager der Neckarstadt-West und dortige Bezirksbeirat Gabriel Höfle, weist zum Thema „Helfer“ auch auf eine besondere Variante hin: Es gebe Leute, die „beraten“ rumänische Familien, schreiben ihnen einen Antrag auf Kindergeld und kassieren dafür 300 Euro. Ausbeutung durch Beratung.

Höfle, der gleichzeitig Vorsitzender des Mannheimer Mietervereins ist, spricht die Wohnungsprobleme an. Die Migranten hätten auf dem freien Wohnungsmarkt eigentlich keine Chance. Das beginne schon damit, dass seit der letzten Mietrechtsreform die Vermieter vom Antidiskriminierungsgesetz ausgenommen sind, sofern sie nicht mehr als 50 Wohnungen in ihrem Eigentum haben. Sie dürfen dann einen Mieter allein aufgrund seiner Herkunft ablehnen. Außerdem gibt es das Problem, dass viele Migranten kein Bankkonto haben, ohne das sie aber keinen Mietvertrag bekommen. Übrig bleiben dann die extrem ausbeuterischen Wohnungsangebote. Unlängst sei, berichtet Höfle, auf der Friesenheimer Insel eine Lagerhalle aufgefallen, in der als Tagelöhner ausgebeutete Arbeitskräfte hausen. Zur Verbesserung der Wohnsituation bedürfe es dringend einer finanziellen Unterstützung durch den Bund.

Herrmann Genz sagt zu dem Wohnungsbedarf der vermuteten 10 000 südosteuropäischen Einwanderer schlicht: „Darauf hab ich auch keine Antwort!“

### Probleme haben „die da unten“, gleich woher sie kommen

Damit ist die Diskussion an einem Punkt angekommen, an dem deutlich wird: Viele der als „Migrantenprobleme“ bezeichnete Sachverhalte sind letztlich solche von Ausbeutung und Ausgebeutet werden, von allgemeinem Wohnungsmangel für Menschen mit schlechten Einkommen, von Gesetzen, die die Menschen nicht vor der Extremausbeutung schützen, sie im Gegenteil in die Illegalität drängen, wo sie sich nicht wehren können, von Bildungsarmut.

Die „ordnungspolitischen“ Aktivitäten der Stadt kamen bei dieser Diskussion überhaupt nicht zur Sprache. Es gibt aber leider viele Hinweise, dass die „Willkommenskultur“, von der allzu gerne gesprochen wird, in Wirklichkeit gespickt ist mit Fußangeln bei der Vergabe von den bisher dringend benötigten Gewerbescheinen, oder mit Abmeldungen von Amts wegen.

So ganz falsch lag die Professorin Lang mit ihren Bemerkungen im Eingangsreferat nicht.

*Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke*

## Wer hat, dem wird gegeben

**Anton Brenner, Kreisrat der Linken, Kreisecke im Schwäbischen Tagblatt:**

Die Klimaagentur des Kreises wächst und gedeiht wie alle bürokratischen Monster. Je weniger Gläubige, desto teurer die Verwaltung. Eine der Vorgängerinnen der Klimareligion, die Katholische Kirche, setzte in Rottenburg für 40 Millionen Maßstäbe für die „Entweltlichung“ (Ratzinger) und „Kirche der Armen“ (Bergoglio). Die Beratungszahlen der Klimabürokratie stagnieren, was automatisch zur Verdreifachung des Personalbestandes führen muss. Schließlich muss dem Letzten noch aufgeschwätzt werden, dass er Glühbirnen raus- und Quecksilber-Energiesparlampen reinschrauben muss, um sie dann als Sondermüll zu entsorgen.

Jeder muss sein Haus mit dem Brandbeschleuniger Styropor verummern, das freut die Energiesparpriester, denn in spätestens 20 Jahren ist dies Sondermüll, der wieder abgekratzt werden muss. Und als Nebeneffekt sind auch noch die Häuser versifft, Schimmelbefall und Allergien sorgen für ungeahnt neue Arbeitsplätze. Auch die Schulreformen sind diesem hehren Ziel untergeordnet. Möglichst viele Schüler, möglichst weit in die nächste Schule zu fahren. Das abgeschaffte Schulgeld wird über die Schülerbeförderung wieder eingeführt. 400 Euro im Jahr für weiterführende Schulen, nur knapp die Hälfte für Hauptschulen, weshalb diese umbenannt und umgesiedelt werden müssen. Alle staatlichen Wohltaten, die über Gebühren, Elternbeiträge und Tarife finanziert werden, sind Kopfpauschalen. Die Stromkunden zahlen auf diese unsoziale Art die Energiewende und den Reibach der Klimaprofitere. Für die Krankenschwester sind 200 Euro im Monat für die „Parkraumbewirtschaftung“ viel Geld, für den Klinikumschef ein Betrag aus der Kaffeekasse. 400 Euro für die Schülerbeförderung sind für manche ein Nasenwasser, für die meisten viel Geld. Warum werden diese Bildungsneben-

kosten nicht aus dem Steuereinkommen aller finanziert? Schließlich profitieren auch Menschen ohne schulpflichtige Kinder davon, dass gut ausgebildeter Nachwuchs irgendwann die Renten und Pensionen zahlen kann. Die von den Grünen angeregten sozialen Staffelungen führen dazu, dass jeder, bei jeder Gelegenheit sein Einkommen als Erkennungs-Code auf die Stirn tätowiert bekommt. Bei den Hartz-IV-Beziehern hat diese Brandmarkung jetzt zur Folge, dass sie künftig 55 Euro für die Schülerbeförderung ihrer Kinder bezahlen müssen. Getreu nach Matthäus 25: „Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat.“

## 80000 Euro für grünen Filz

**Gerlinde Strasdeit, Stadträtin Die Linke im Schwäbischen Tagblatt:**

Wer gerechte Politik nur verkündet und das Gegenteil macht, fällt auf die Nase. Diese Lektion aus der Bundestagswahl hat die Tübinger Rathauspitze noch nicht gelernt.

Das gilt auch für die am Montag beschlossene Kürzungskonzeption für Sozialvereine. Das wird Einrichtungen treffen, die mit viel ehrenamtlichem Engagement und wenig Geld arbeiten, darunter: BüroAktiv, Asylzentrum, Hirsch-Begegnungsstätte, Mädchentreff und Pfanzkerle, TIMA, Sozialforum, Patientenberatung, Aids-Hilfe, Elkiko, Frauen helfen Frauen und andere.

101 000 Euro hat die Sozialausschuss-Mehrheit beschlossen, um eine neue Konzeption zu beauftragen. Von Prioritäten, mehr Effizienz, Benchmarking und Vermeidung von Doppelstrukturen ist da die Rede. Und wer soll das richten? Wohin geht das Geld? Beauftragt wurden nicht unsere Fachleute in der Stadtverwaltung, sondern mit 80 000 Euro wieder das Stuttgarter Planungsbüro Weeber + Partner. Eine der drei Geschäftsführerinnen ist Gabriele Steffen, ehemalige grüne Sozialbürgermeisterin. Statt beim grünen Filz wäre das Geld bei den Vereinen besser angelegt. Deren Realität ist hart genug: Zu wenig Öffnungszeiten, keine durchgehende Tarifzahlung und fehlendes Weihnachtsgeld bei den Beschäftigten, weil die städtische Bezuschussung nicht reicht.

Eine weitere Sünde in Tübingen: Sozialer Wohnungsbau – Fehlanzeige. Die Förderung preisgünstigen Wohnraums wurde aus der Corrensstraßen-Vorlage gestrichen. Unser Antrag, ein Drittel der Bebauung auf dem Max-Planck-Areal für Sozialwohnungen zu planen, wurde verschoben. Wir fordern seit 2008, dass bei größeren Bauprojekten verbindliche

Vorgaben für die Investoren gemacht werden. Sozialer Wohnungsbau entsteht nicht von selbst. Ein städtebaulicher Vertrag wäre sinnvoll. Andere Städte praktizieren das, Tübingen nicht.



In der Stadt verkauft die Landesregierung weiter ihre Flächen an Meistbietende und verhindert die Entstehung preisgünstigen Wohnraums. In Wahlkämpfen wird anderes versprochen – aber die falsche Politik geht weiter. Letztes Jahr wurden 21500 LBBW-Wohnungen im Land an die Augsburger Immobilienfirma Patrizia verschertelt, davon 400 in Tübingen. Bereits nach einem Jahr werden die Mieterrechte in Ex-LBBW-Wohnungen über Weiterverkäufe ausgehebelt. Preisgünstiger Wohnraum geht verloren. Verantwortlich dafür: die SPD-Grüne-Landesregierung.

## Klimawandel, Energiewende und soziale Teilhabe sind zentrale Herausforderungen für die Region Stuttgart

**Christoph Ozasek zu den Haushaltsplanberatungen im Verband Region Stuttgart**

„Die Staatengemeinschaft versagt bei der Eindämmung des Klimawandels. Jetzt sind Kommunen und Regionen am Zug, eine integrierte Klimaschutzplanung zu realisieren. Als erster Prozess soll die Fortschreibung des Regionalverkehrsplans an den Maßgaben des neuen Klimaschutzgesetzes ausgerichtet werden.“

Auch bei der Energiewende steht die Region noch ganz am Anfang. Fehlende erneuerbare Erzeugungskapazität, leistungsfähige Energiespeicher und die noch immer dominierende EnBW hindern an einem zügigen Systemwechsel von fossil-atomarer Grundlast zu flexi-

bler, dezentraler Energiegewinnung auf Basis regenerativer Kreisläufe.

Die Gründung vieler neuer Stadtwerke und die fortschreitende Rekommunalisierung der Netze gibt zumindest Grund zur Hoffnung. Die Investitions- und Geschäftstätigkeit der neuen Stadtwerke soll durch die Entwicklung von Energienutzungsplänen erleichtert werden“, erklärt Christoph Ozasek, Sprecher der Gruppe DIE LINKE im Regionalparlament Stuttgart, den Hintergrund der eingebrachten Haushaltsanträge.

DIE LINKE bleibt auch soziales Gewissen im Regionalparlament. Dazu Christoph Ozasek: „Das regionale VVS-Sozialticket bleibt auf der Tagesord-

nung. Sowohl auf Ebene der SSB, als auch beim VVS finden auf Druck der LINKEN jetzt entscheidende Schritte statt. Eine Marktforschungsstudie im Stadtgebiet Stuttgart wird aktuell auf Beschluss des SSB-Aufsichtsrats durchgeführt. Diese Studie und ihre Ergebnisse müssen in den Gremien des Verbands Region Stuttgart dargestellt werden. Das bisherige Tarifgefüge sichert nicht die Teilhabe an Mobilität für Menschen mit geringen Einkommen. Das Sozialticket wäre ein sozialer Meilenstein für die Region Stuttgart und entspräche auch dem jüngst verabschiedeten Leitbild für die Wirtschafts- und Wissenschaftsregion.“

„Das Bahnhofs-Rückbau-Projekt

Stuttgart 21 hat sich als Schwarzes Loch für Steuermilliarden erwiesen. Die reduzierte Leistungsfähigkeit des Tiefbahnhofs ist wissenschaftlich ermittelt. Die gravierenden Mängel bei der Planung und die negativen Einflüsse auf einen störungsfreien Betrieb der S-Bahn spätestens seit 2010 offensichtlich. Wir beantragen erneut, sämtliche Finanzierungszusagen und Verträge zu kündigen oder deren Nichtigkeit festzustellen. Wir bedauern auch, dass OB Fritz Kuhn einer Sprungrevision bei der ungeklärten Frage der Mischfinanzierung widersprochen hat. Für uns bleibt die Mitfinanzierung von Stadt und Region ein Verstoß gegen das Grundgesetz.“

## Tom Adler (SÖS/LINKE), Stuttgart: „Städte müssen in die Grundstückspolitik eingreifen“

**Zum Doppelhaushalt der Stadt Stuttgart brachte die Fraktionsgemeinschaft aus SÖS und LINKE 95 Einzelanträge ein. In seiner Haushaltsrede benannte der Fraktionsvorsitzende Tom Adler Schwerpunkte wie Wohnen, Sozialticket, ökologische Stadtentwicklung, Projektausstieg S21. Die Haushaltsanträge sowie die Haushaltsrede von Tom Adler sind unter [www.stuttgart.de/soesundlinke](http://www.stuttgart.de/soesundlinke) einsehbar. Im Folgenden zwei Ausschnitte aus der Haushaltsrede zu den Bereichen Wohnungspolitik und Bildung:**

### Wohnungspolitik

Wir sind bei der Wohnungspolitik völlig einverstanden mit Ivo Gönner, dem Ulmer OB, die S21-Fans in der SPD wird's überraschen, aber der sagte dieser Tage auf einer Konferenz „Die Städte müssen rigoros in die Grundstückspolitik eingreifen“. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, genau daran kommt man nicht vorbei, wenn man ernsthaft etwas dagegen unternehmen will, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger das Wohnen in ihrer Stadt kaum mehr leisten können, – weil die Miete inzwischen 50% und mehr des verfügbaren Haushaltseinkommens auffrisst und nach Neuvermietung Mieten um 50% steigen, – weil die Stadtentwicklungspolitik den Großinvestoren und der Bodenspekulation in der Vergangenheit keine Grenzen gesetzt, sondern eher Vorschub geleistet hat. Der Kritik des Mietervereins, dass die vom OB als Chefsache bisher vorgelegten Pläne mit 200 Sozialwohnungen 2014 und 300 für 2015 „blamabel“ seien kann man nicht wirklich widersprechen, wenn über 3300 dringend wohnungssuchend vorgemerkte Haushalte nicht versorgt werden können. Wir beantragen deshalb ein städtisches Wohnraumprogramm, mit dem 500 städtische Miet-Wohnungen pro Jahr

geschaffen werden plus ein Paket von Einzelmassnahmen von der Leerstandsabgabe über Zweckentfremdungsverbote bis Mieterhöhungsbegrenzungen. Aber ich wiederhole: „Die Städte müssen rigoros in die Grundstückspolitik eingreifen“, wer die falsche Richtung in der Stadtentwicklung und Wohnungspolitik ändern will, muss eben auch strukturell eingreifen, um Grenzen setzen zu können auf einem Markt, der hier klar beweist, dass er überhaupt nichts richtet, mindestens für die Bedürfnisse der Masse der Stuttgarter! Dafür wollen wir einen kommunalen Bodenfonds zur strategischen Bodenbevorratung, für den die Stadt geeignete Grundstücke erwirbt, grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkauft, sondern in Erbau vergibt um Wohnraum mit Belegungsbindung zu schaffen. Und wir wollen, dass die SWSG, ein großer Akteur auf dem Stuttgarter Mietwohnungsmarkt, wieder zurück unter die direkte Kontrolle des Gemeinderats geholt wird in ein städtisches Amt für Wohnungswesen. Die SWSG ist zwar eine 100%ige Stadttochter, in ihrer *heutigen Rechtsform* hindert sie das aber nicht im mindesten daran, sich ihrer Kern- Aufgabe zu entziehen, günstigen Wohnraum bereit zu stellen, weil am Wohnungs-Markt heute höhere Renditen erzielbar sind.

Deshalb muss die SWSGmbH wieder zurück ins Amt, und zusätzlich schlagen wir vor, dass beim Oberbürgermeister für die „Chefsache Wohnungsbau“ eine Stabsstelle eingerichtet wird. Eine Stabsstelle zur wohnraumpolitischen Leitung und Koordination der Ämter, inklusive der Bodenpolitik. Damit Wohnungspolitik wieder das wird, was sie heute schon sein sollte: Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge!

### Schulen und KiTas

Meine Damen und Herren, für uns sind

die Fähigkeiten, die Kreativität die in den Menschen steckt, der Schlüssel für die Zukunft dieser Stadt. Dafür sind trotz etlicher richtiger Weichenstellungen noch viele Voraussetzungen zu schaffen, deswegen fordern wir heute und in unseren Haushaltsanträgen auch mehr Geld für Kultur und Bildung. Fangen wir an mit den Kleinsten: „Kindheit darf nicht ökonomischen und Leistungsinteressen geopfert werden“, betont Dr. Rolf Oerter, Entwicklungspsychologe. In der Diskussion um den KiTa-Ausbau kommt aber die Frage, was Kinder und Jugendliche für ihre Persönlichkeitsentwicklung brauchen, immer wieder zu kurz. Das Vorschulalter voll unerschöpflicher Wissbegier und Neugierde der Kinder ist die erste Lernzeit für das Weltverständnis und das Erlernen von sozialer Kompetenz. In den Einrichtungen muss eine Atmosphäre herrschen, in der die ErzieherInnen diese Bildungs- und Betreuungsarbeit *tatsächlich umsetzen* können.

Trotz ihrer gesellschaftlich so wichtigen Aufgabe ist der Beruf der ErzieherInnen nach wie vor dramatisch unterbewertet, was sich auch in der schlechten Bezahlung ausdrückt.

Wir sagen: er muss dringend aufgewertet werden, auch in der Bezahlung, sonst können sie gar nicht erst gewonnen werden, aufgewertet **zuallererst** durch die Einstufung, qualifizierte ErzieherInnen gehören in S8. Auch die Leitungstätigkeiten müssen dringend tariflich höher eingruppiert werden, das ist Bestandteil unsrer Anträge.

**Zweitens:** für eine gute Betreuung müssen die räumlichen Bedingungen stimmen. Das aktiv lernende Kind braucht eine Umgebung, die anregend ist und auch Rückzugsmöglichkeiten bietet. Das Raumangebot muss also auf die pädagogischen Konzepte angepasst werden und um eine inklusive Bildung

und Betreuung zu ermöglichen, muss die Barrierefreiheit gesichert sein. Die Schulhaussanierung hat auf Grund der jahrelangen Vernachlässigung der Pflege der Schulgebäude zwar Priorität, darüber darf aber nicht die Sanierung der Kitas vernachlässigt werden und Container-Lösungen dürfen auch kein Dauerzustand werden.

**Drittens:** Beim Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen mit der angewendeten Übergangslösung Schülerhäuser zeigt sich, dass nicht an allen Grundschulen auf Anhebung der Voraussetzungen da sind, um eine qualitativ gute Ganztagschule anzubieten.

Wir sagen deshalb: dort, wo die erforderlichen Qualitätsstandards für die Einrichtung von Schülerhäusern und Ganztagschulen noch nicht erfüllt sind, müssen die Horte erhalten bleiben, bis die Qualitätsstandards realisiert sind!

Und wir sagen **viertens:** Frühe Bildung und Kinderbetreuung muss kostenlos sein. Es ist gut, reicht aber nicht, wenn Kinder mit Bonuscard beitragsfrei die Kita besuchen können. Es gibt viel

zu viele sog. Schwellenhaushalte, die mit ihrem Einkommen knapp über der Bonuscardberechtigung liegen.

Kinder müssen aber früh Spracherziehung erhalten, dafür ist der KiTa-Besuch eine wichtige Unterstützung. Deshalb gehört es auch zum bildungspolitischen Auftrag, den Besuch der Kitas genauso kostenfrei zu machen wie den Schulbesuch.

Wir wollen auch die **Schule für Alle**, die Selektion verhindert und die Chance für Bildungsgerechtigkeit erhöht, und das bedeutet: Lernangebote für alle SchülerInnen, unabhängig von ihren individuellen Begabungen oder ihrer sozialen Herkunft, eingeschlossen sind darin auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Eine **Schule für Alle** heisst auch, eine Gemeinschaftsschule, die nicht nur Werkreal bzw./ Hauptschule und Realschule zusammenführt, sondern auch einen gymnasialen Abschluss anbietet. Dies muss das Ziel für die zukünftige Gemeinschaftsschule sein. Grundschulkindern brauchen kurze Wege zur Schule, deshalb muss beim Ausbau

der Grundschulen zu Ganztagschulen in jedem Stadtteil abgesichert sein, dass die Kinder an der Ganztagschule ein umfassendes Angebot an Naturerlebnissen, Kultur und Sport haben.

Und: gesundes Essen und das Erlernen des Umgangs mit Lebensmittel braucht Küchen an den Schulen, in denen Kinder selber kochen können. Als ersten Schritt dahin fordern wir, dass bei jedem Umbau einer Schule zur Ganztagschule neben der Mensa eine Küche eingepplant wird.

Dabei soll an allen Schulen für alle Kinder das Mittagessen abgesichert und kostenlos werden, das ist unser Ziel, wir beantragen dass die Verwaltung eine Planung vorlegt, wie langfristig an Schulen ein kostenloses Mittagessen ermöglicht wird. Als ersten Schritt dorthin wollen wir schon im Haushalt 2014/15 die Mittel für ein kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen, einschließlich Schülerhäusern für alle Kinder und Jugendlichen mit Bonuscard.

*Quelle: [www.stuttgart.de/soesundlinke](http://www.stuttgart.de/soesundlinke)*

## Bildung im Land: Schuldenbremse wird Chancenbremse

Noch im Juni dieses Jahres haben 60% der Bürgerinnen und Bürger mehr Geld für Bildung als herausragendes Problem für die deutsche Politik bezeichnet. Im Wahlergebnis hat sich dies allerdings nicht niedergeschlagen. Die CDU, die sich sowohl gegen mehr Bildungsausgaben als auch für mehr Verantwortungsübernahme durch den Bund sperrt, hat den Sieg davongetragen. Die Grünen sind seit der Landtagswahl von 2011 von 24,1% auf 11,0% regelrecht abgestürzt, auch die SPD verlor. Beide Parteien wurden von der GEW immer wieder daran erinnert, dass sie massiv an Glaubwürdigkeit verloren haben wegen gebrochener Wahlversprechen vor allem auch in der Bildungspolitik. 11.600 Lehrerstellen will die Regierung Kretschmann bis 2020 streichen, 2.200 sind es 2013/14, 2015/16 sollen es jeweils 1.800 sein. Angeblich werden wegen zurückgehender Schülerzahlen als „demografische Rendite“ Stellen frei. In Wirklichkeit wurde zunächst der „Ergänzungsbereich“ von Grund- und Hauptschulen erbarmungslos zusammengestrichen: ob LRS-Kurse, Stützmaßnahmen, Leseklassen oder AG-Angebote: dafür gibt es keine Stunden mehr. Die Kosten für LRS-Förderung werden auf Landkreise und Familien abgewälzt. Auch von einer Erfüllung vieler Versprechen aus der Landtagswahl von 2011 oder sogar des Koalitionsvertrags haben sich Grüne und SPD im Land schon verabschiedet. Die dringend notwendige Einführung von Ethik ab Klasse 1 wurde gestrichen, die Inklusion Behinderter in den Regel-

schulen auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben, den flächendeckenden Ausbau der Ganztagesgrundschulen sollen die Kommunen allein stemmen.

### Nach der Wahl wurden die Versprechungen einkassiert

Gespart wird zunächst bei der Besoldung von jungen Lehrkräften. In einem nächsten Schritt ist die Streichung der Altersermäßigung geplant: ältere Lehrkräfte ab 58 oder 60 dürfen bisher eine bzw. zwei Stunden reduzieren, damit ihre Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt. Zudem soll die Antragsaltersgrenze um ein halbes Jahr verschoben werden. Das sind besonders „kreative“ Formen der „demografischen Rendite“, entsprechend ist die Stimmung in den Lehrerzimmern, die sich auch in einer massenhaften Abwendung von den Regierungsparteien im Land niedergeschlagen hat. Dabei hatte sich die Landesregierung von einem Wahlsieg eine erheblich bessere Beteiligung des Bundes an den Bildungsinvestitionen erhofft. Nach der Wahl rückte Finanzminister Schmid etwas von den Sparplänen ab: „Mir ist wichtig, dass wir in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nicht nur noch über die Haushaltskonsolidierung reden. Die SPD ist angetreten als Kraft des sozialen Fortschritts. Wir sind Gestalter der Politik, keine Sparkommissare. Es muss kräftig investiert werden – in Betreuungsplätze, Ganztagschulen und individuelle Förderung.“ (Stuttgarter Nachrichten, 18.10.)

Offenbar hat Schmid begriffen, dass

im Ergebnis der Bundestagswahlen auch eine Ansage zur Bildungspolitik im Land steckt: so werdet ihr die nächsten Landtagswahlen sicher verlieren. Die Glaubwürdigkeit der Regierungsparteien steigt jedoch nicht deshalb, weil die CDU die Streichung von noch mehr Lehrerstellen geplant hatte. Für die LINKE ergeben sich neue Chancen, doch auch für sie wird es schwer sein, glaubwürdig für ein neues Reformprojekt zu werben.

### In der Bildungspolitik des Landes fehlt deutlich die soziale Stimme.

Die Schuldenbremse dürfe keine Chancenbremse sein, verkündete SPD-Vorsitzende Schmid auf dem Landesparteitag: doch genau das ist sie schon geworden. Man hat Grundschulern die Tür aufgemacht zu allen weiterführenden Schulen, doch wenn sozial benachteiligte Kinder dort nicht entsprechend gefördert werden, müssen viele scheitern. Eine Schließungswelle kleiner Hauptschulen im Land ist eben noch keine Schulentwicklung, es ist ein Sparprogramm auf Kosten der Schwächsten, wenn nicht die notwendigen Förderressourcen, die bisher an den Hauptschulen vorhanden waren, nun in Realschulen und Gymnasien verlagert werden. In der Bildungspolitik des Landes fehlt deutlich die soziale Stimme. Für die Linke im Land wird es in den nächsten zwei Jahren darauf ankommen, bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften als diese Stimme anerkannt zu werden.

*Erhard Korn*

Resolution zum Thema Frühkindliche Bildung von Verdi, Kita-Bündnis Ba-Wü und mitarbeiterseitigen Kirchenvertretern:

## Brennpunkt: Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder

Die Rahmenbedingungen für eine gute Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsqualität baden-württembergischer KiTas müssen verbessert werden!

Das befristete Flexibilisierungspaket U3, die Regelungen zur praxisintegrierten Ausbildung zum/r Erzieher/in und der erweiterte Fachkräftekatalog im KiTa-Gesetz des Landes gefährden jedoch eine hohe Qualität der pädagogischen Arbeit und strapazieren die Belastbarkeitsgrenzen der pädagogischen Fachkräfte enorm.

Diese jüngst verabschiedeten Regelungen, welche die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen KiTa-Platz und den aktuellen Fachkräftemangel in den Griff bekommen sollen, sind in dieser Form nicht hinnehmbar. Beispielhaft seien genannt:

### 1. Platzsharing

Es bedeutet, dass sich zwei Kinder täglich oder wöchentlich einen KiTa-Platz teilen. Damit erhöht sich die Kinderzahl, obwohl die Gruppengröße formal nicht überschritten wird. Dies führt dazu, dass die vorhandenen Fachkräfte für mehr Kinder bei unveränderten Arbeitsbedingungen (z. B. gleichbleibender Vor- und Nachbereitungszeit) individuelle Bildungspläne und Portfolios erstellen, eine höhere Anzahl an Elterngesprächen führen, sich auf immer wieder unterschiedliche Kindergruppen einstellen und entsprechende Fördermaßnahmen einleiten und begleiten müssen. Diese höhere Arbeitsbelastung und der größere Aufwand bei gleichzeitiger Anwendung des Mindestpersonalschlüssels gehen zu Lasten der Qualität der pädagogischen Arbeit, obwohl Landesregierung und Trägerverbände betonen, dass die Qualität in den KiTas wichtig sei und gesichert werden soll. Der ohnehin knapp bemessene Mindestpersonalschlüssel wird dadurch indirekt weiter abgesenkt!

### 2. Erweiterung der Gruppengröße durch Aufnahme weiterer Kinder über die Höchstgruppenstärke hinaus

Die durch das Flexibilisierungspaket mögliche Erweiterung der Gruppengröße widerspricht grundlegend den Erwartungen an hohe Qualität von Bildung, Betreuung und Erziehung. Die Anforderungen und Ansprüche an die pädagogische Arbeit im frühkindlichen Bereich sind in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, während die strukturellen Rahmenbedingungen diesen Entwicklungen seit 40 Jahren kaum Rechnung getragen haben. Die

Landesregierung will offensichtlich den Rechtsanspruch im U3-Bereich in den kommenden Jahren auf Kosten der pädagogischen Qualität realisieren. Dadurch riskiert sie jedoch, dass sich der akute Fachkräftemangel weiter ausweitet und das Wohl der Kinder in Frage gestellt wird!

### 3. Anrechnung der Fachkräfte in Ausbildung (PIA) auf den Personalmindestschlüssel

Die Entscheidung, eine praxisintegrierte Ausbildung (PIA) zu ermöglichen, ist grundsätzlich gut. Dass die Fachkräfte in Ausbildung jedoch mit bis zu 0,4 Stellen auf den Personalmindestschlüssel angerechnet werden können, belastet die Personalsituation in den Einrichtungen zusätzlich. Die vorhandenen pädagogischen Fachkräfte müssen die pädagogischen Fachkräfte in Ausbildung beobachten und anleiten, ihre Stärken und Schwächen mit ihnen reflektieren und Ratschläge für die pädagogische Praxis geben. Die Fachkräfte in Ausbildung wiederum müssen die Möglichkeit haben, den später auszuübenden Beruf erst einmal zu erlernen und das angeeignete Fachwissen in der Praxis zu vertiefen, im Team ihre Arbeit zu reflektieren und zu diskutieren. Dies kostet Zeit. Durch die Anrechnung von Auszubildenden wird der jetzt bereits niedrige Gesamtpersonalschlüssel faktisch weiter abgesenkt. Gleichzeitig werden die notwendigen aufgewendeten Anleitungszeiten der betreuenden Fachkraft im Stellenschlüssel gar nicht erst berücksichtigt!

### 4. Erweiterung des Fachkräftekatalogs

In der Praxis arbeiten bereits jetzt schon verschiedene Fachkräfte in einer Einrichtung zusammen. Dies auszubauen bedarf jedoch einer eindeutigen Qualitätsprüfung, damit die Qualitätsbestrebungen der letzten Jahre und die vorhandenen Stellenbeschreibungen nicht systematisch unterwandert werden können. Eine Erweiterung des Fachkräftekataloges in Richtung fachfremder Berufsgruppen aus rein arbeitsmarktstrategischen Überlegungen, so wie es jetzt geschehen ist, ist hier keineswegs zielführend, entbehrt jeglicher Qualitätsbestrebungen und birgt die Gefahr einer Entprofessionalisierung des Berufsfeldes. Die in einer mehrjährigen Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten können nicht in 25 Tagen Fortbildung kompensiert werden! So wird man künftig kein fachlich und pädagogisch gut ausgebildetes Personal

erhalten, das in der Lage ist, Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern auf hohem Niveau zu gewährleisten!



**Kinder, Eltern und pädagogische Fachkräfte erwarten Qualität im pädagogischen Alltag! Dafür müssen gute Rahmenbedingungen gegeben sein!**

Das Wohl der Kinder muss jetzt und zukünftig gesichert sein und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet werden. Dem Fachkräftemangel ist nachhaltig entgegen zu wirken und die pädagogischen Berufe sind aufzuwerten, um den Familien im Land dauerhaft qualitativ hochwertige Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote zur Verfügung zu stellen. Dafür müssen Landesregierung, Trägerverbände und Arbeitgeber in die Qualität und in die strukturellen Rahmenbedingungen der KiTas sowie in eine deutlich bessere Bezahlung der Fachkräfte investieren!

**Wir erwarten**, dass die Landesregierung ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einhält und durch eine verstärkte finanzielle Mittelzuweisung dafür sorgt, dass die verbindliche Einführung des Orientierungsplans endlich umgesetzt wird! Das Flexibilisierungspaket, der Fachkräftekatalog sowie die Regelungen zur praxisintegrierten Ausbildung müssen in ihrer jetzigen Form dringend überarbeitet werden! Die so notwendigen und seit langem geforderten Leitungs-, Vor- und Nachbereitungszeiten müssen verbindlich zur Verfügung gestellt und standardisierte Stellenbeschreibungen bei den Trägern verankert werden! Das Wohl der Kleinsten in unserem Land muss im Vordergrund stehen! Denn: „Auf den Anfang kommt es an“!

## Rottenburg: Gebührenfreiheit bei Kitas einführen

Dr. Emanuel Peter anlässlich der Erhöhung der Kita-Gebühren durch den Gemeinderat am 9.7.2013

Vor kurzem hat uns Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Botschaft beglückt, dass sich die deutsche Wirtschaft im Aufschwung befindet und wir seit 1945 noch nie so hohe Steuereinnahmen wie derzeit hatten. Die heutige Beschlussfassung über eine Erhöhung der Kita-Gebühren in Rottenburg steht im direkten Widerspruch zu dieser Aussage. Denn für die Beschäftigten, die diesen Aufschwung erwirtschaften, gingen die Reallohnsenkungen im letzten Jahr weiter und jetzt werden sie noch mit Gebührenerhöhungen in den Kitas beglückt. Diese wird mit der „voraussichtlichen Personal- und Sachkostensteigerung“ begründet, die Eltern sollen 20 % der Betriebsausgaben tragen. Jahrelang hat die alte Landesregierung den Kita-Ausbau in BaWü verschleppt, so dass die Anzahl der Betreuungsplätze bei uns im bundesweiten Vergleich noch immer im untersten Drittel liegt und landesweit ein großer Personalmangel an Erzieherinnen besteht. Wir halten es für zynisch, diese Fehler der Politik jetzt den Eltern anzulasten und den kostspieligen Kita-Ausbau gegen eine notwendige Absenkung der Gebühren auszuspielen. Denn eigentlich hatten wir bei der Verwaltungsvorlage zu den Kita-Gebühren eine Absenkung des Landesrichtsatzes erwartet! Wegen der jahrelangen Verschleppung des Kita-Ausbaus und der Ausbildung von zu wenig Personal durch CDU und FDP müssen jetzt die Standards abgesenkt und die Gruppengrößen für die nächsten zwei Jahre um ca. 20 Prozent erhöht werden. Unabhängig vom großen Engagement der Erzieherinnen wird dadurch die Betreuung der Kinder verschlechtert. Eine Erhöhung der Kita-Gebühren zum jetzigen Zeitpunkt entbehrt jeglicher Grundlage. Krippen und Kitas sind keine billige Aufbewahrungsanstalt, sondern dienen der umfassenden Entwicklung aller Kinder und sind entscheidend für ihren späteren schulischen Erfolg, wie alle Stellungnahmen vom Sachverständigenrat der Bundesregierung bis zur Bertelsmann-Stiftung betonen. Deshalb muss diese gesellschaftliche Aufgabe unabhängig vom Geldbeutel ihren Eltern, ihrer nationalen Herkunft, ihrer religiösen Einstellung oder körperlichen Beeinträchtigung allen Kindern zukommen. Die neue Bertelsmann-Studie von Anfang Juli 2013 kritisiert zu Recht, dass in BaWü bei den Unterdreijährigen nur 17 Prozent der Kinder aus Migrantenfamilien eine Betreuungseinrichtung besuchen. Dies führt später zu höheren Kosten durch mehr Förderunterricht in den Schulen! Es ist gesellschafts- und bildungspolitisch völlig falsch, dass Eltern für Unterdreijährige den höchst-

ten Beitrag zahlen sollen, nämlich ab 2014/15 mindestens 241 Euro für einen Krippenplatz von sechs Stunden. Gerade diejenigen Kinder, die es am dringendsten bräuchten, werden dadurch ausgegrenzt und erfahren die kleinste Förderung. Die Kinderbetreuung ist von der Gesellschaft über die öffentlichen Haushalte zu bezahlen: Anstatt Milliarden für ein bildungspolitisch falsches Betreuungsgeld zu verschwenden, brauchen wir eine finanzielle Kehrwende zugunsten eines gemeinsamen pädagogischen Betreuungsangebots für alle Kinder zum frühest möglichen Alter. Als letztes möchten wir erwähnen: Die heutige Vorlage der Verwaltung erklärt als Ziel der Stadt, die Beiträge an den Landesrichtsatz anzugleichen. Er wird zwischen den Kommunalverbänden und den Landeskirchen ausgehandelt und geht von der Entwicklung der Personal- und Sachkosten aus. Das führt dazu, dass jegliche Qualitätsverbesserung durch einen Orientierungsplan oder durch besseren Personalschlüssel sofort eine Erhöhung der Elternbeiträge nach

sich zieht: Damit werden Erzieherinnen und Eltern gegeneinander ausgespielt.

Statt die Kita-Gebühren zu erhöhen, stellen wir deshalb **folgenden Antrag**: „Der Gemeinderat Rottenburg fordert die Landesregierung und die Kommunalverbände auf, umgehend einen Stufenplan zur Einführung der Gebührenfreiheit in den Krippen und Kitas auszuarbeiten und dies angesichts der guten Steuereinnahmen schnellstmöglich umzusetzen.“

Diese Meinung wird ja im Prinzip auch von allen Gemeinderatsfraktionen in Rottenburg gut geheißen. Deshalb ist es Zeit, dass wir jetzt im Interesse der Kinder unserer Stadt gemeinsam handeln!

(Der Gemeinderat Rottenburg griff die Initiative von Dr. Emanuel Peter (Die Linke) mehrheitlich gegen die CDU auf, die grün-rote Landesregierung und die Kommunalverbände in BaWü aufzufordern, einen Stufenplan für die Einführung der Gebührenfreiheit von Kitas und Krippen auszuarbeiten und schnellstmöglich umzusetzen: 18 Stimmen für den Antrag, 15 dagegen, 5 Enthaltungen. Der letzte Halbsatz im Antrag wurde zurückgezogen.)

18. Oktober 2013 Pressemitteilung, MdB Michael Schlecht

## Mit großer Koalition droht das Aus beim Kitausbau

„Der Kitausbau stockt bereits, mit einer großen Koalition droht das vollständige Aus. Es ist absehbar: Die SPD wird der Union zu Liebe auf die stärkere Besteuerung von Reichen und Vermögenden verzichten. Damit verzichtet sie auch auf Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur!“ erklärte Michael Schlecht zu den heutigen Meldungen, dass auf Grund der Ausschöpfung entsprechender Fördertöpfe des Bundes seit Wochen keine neuen Förderungen für den Kitausbau mehr in Baden-Württemberg bewilligt werden. Der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete und Chefvolkswirt der Bundestags-

fraktion DIE LINKE weiter:

„In Zeiten der ‚Schuldenbremse‘ erfordern Zukunftsinvestitionen zusätzliche Einnahmen. Der von Wirtschaftsforschungsinstituten für 2014 ermittelte finanzielle Spielraum von zehn Milliarden Euro reicht für die notwendigen Investitionen schon im Bildungsbereich nicht aus. Hier müssten allein 40 Milliarden jährlich investiert werden, rechnet die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vor. Mit einer stärkeren Belastung für Spitzenverdiener und Superreiche, insbesondere durch eine Millionärssteuer ist dies ohne Neuverschuldung finanzierbar.“

## Die Linke.SDS zieht in Studierendenparlament ein

MANNHEIM, 31. OKTOBER. Bei den Organwahlen an der Universität Mannheim ist der Hochschulgruppe Die Linke.SDS der Einzug in das StuPa gelungen.

„Wir haben unser Wahlziel, in das Studierendenparlament einzuziehen, erreicht“, so Julien Ferrat (links im Foto), der dem neuen StuPa angehört wird. Insgesamt konnte der linke Studierendenverband bei

den StuPa-Wahlen 5,0% auf sich vereinigen und somit einen Sitz erobern.

„In der Philosophischen Fakultät haben wir mit 7,9% ein ordentliches Ergebnis erzielt. In der Fakultät Sozialwissenschaften konnten wir mit 7,3% ebenfalls gut abschneiden.“

Nun gilt es im StuPa eine konstruktive Oppositionsarbeit zu leisten“, so Sarah Hermes (rechts im Foto), die als erste Nachrückerin gewählt wurde.



## Hochschulgebühren sind sozial ungerecht!

Jugend und Studierendenverband der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg, die linksjugend [solid] und Die Linke.SDS, halten Hochschulgebühren in jedem Fall für sozial ungerecht. Sie sprechen sich deswegen entschieden gegen die von Grün-Rot neu geplanten verpflichtenden Hochschulgebühren im Rahmen der Novellierung des 3. Hochschulrechtsänderungsgesetz aus, bei der im Zuge einer Bewerbung für einen zulassungsbeschränkten Studienplatz für Studierfähigkeitstests und Auswahlgespräche bis zu 100 € für jede Hochschule fällig werden sollen.

„Die aktuellen Gebührenerhöhungs- und -einführungspläne der Landesregierung widersprechen einem sozial gerechten und freien Hochschulzugang – Öffentliche Bildungsangebote müssen immer steuerfinanziert sein und bleiben“, erklärt Sebastian Lucke, Landessprecher der linksjugend [solid] Baden-Württemberg. Die Folgen der Pläne der Landesregierung wären, so Lucke: „Finanziell schlechter gestellte Studieninteressierte überlegen garantiert dreimal, ob Sie sich für mehrere zulassungsbeschränkte Studienplätze bei einer verpflichtenden Hochschulbewerbsgebühr für Studierfähigkeitstests und Auswahlgespräche von bis zu 100 € bewerben – bzw. müssen ggf. aus finanziellen Gründen von einem solchen Schritt Abstand nehmen. Von freier Bildung – wie Die Linke sie fordert – kann dann keine Rede mehr sein.“

„Mit der Abwahl von Schwarz-Gelb waren die Hoffnungen vieler Menschen auf kostenfreie Bildung verbunden. Grüne und SPD sollten davor gewarnt sein wieder auf einen Kurs umzuschwenken, welcher Bildung vom Geldbeutel abhängig macht!“, so Daniel Anton, aktiv für Die Linke.SDS Baden-Württemberg. „Die Studierendenbewegung hat schon einmal bewiesen, was sie von Bildungsgebühren hält. Die Linke.SDS fordert die Landesregierung mit Nachdruck auf, sich auf Landes- und Bundesebene für eine bessere Ausfinanzierung der Hochschulen stark zu machen, anstatt den Studierenden das Geld aus der Tasche zu ziehen.“

Die linksjugend [solid] und Die Linke.SDS Baden-Württemberg lehnen jegliche Hochschulgebühren kategorisch ab und fordern die Grün-Rote Landesregierung vielmehr auf, sich für mehr Chancengleichheit und soziale Bildungsgerechtigkeit an den Hochschulen einzusetzen. Die Wieder- und Neueinführung von Hochschulgebühren gehört definitiv nicht dazu, die Neuschaffung von Studienplätzen und die bessere personelle wie materielle Ausstattung von Lehre und Forschung allemal. *Sebastian Lucke*

Michael Schlecht (MdB), Chefvolkswirt der Bundestagsfraktion DIE LINKE  
– 4. November 2013

## Umfairteilen hilft gegen Spekulationsblasen

„Die Börsen-Party geht weiter“, so jubelte „Bild“ als der Aktienindex Dax das erste Mal in seiner Geschichte die Marke von 9000 Punkten übersprang. Nur eine Minderheit der „Bild“-Leser hat jedoch Grund zum Jubeln. Der Kreis der Aktienbesitzer ist sehr klein und vor allem Reiche können sich über den dramatischen Anstieg ihrer Aktienwerte freuen. Gleichwohl schwingt die Botschaft mit, dass ein Börsenboom auch eine gute Nachricht für alle Menschen in Deutschland sei.

Ist diese Euphorie sachlich begründet? Oder handelt es sich eher um einen fiebrigen Höhenrausch, der in einem baldigen Absturz endet? Noch im September 2011 war der Dax aufgrund der Eurokrise unter 5.200 Punkte gefallen. Danach schoss der Sammelindex der 30 wichtigsten Aktiengesellschaften in nur zwei Jahren um 75 Prozent in die Höhe. Die Unternehmensgewinne je Aktie der Dax-Konzerne stiegen in diesem Zeitraum mit „nur“ fünf Prozent nicht annähernd so stark. Was sagt uns das über die aktuelle Aktieneuphorie? Sie überflutet auf tönernen Füßen stehen. Die Gewinne müssten in der nächsten Zeit massiv anziehen, um die Aktienkurse zu rechtfertigen. Dafür gibt es aber keine Anzeichen. Im Gegenteil. Die anhaltende Rezession in den südeuropäischen Krisenländern und die Stagnation in der gesamten Eurozone machen das Umfeld für deutsche Konzerne zunehmend schwieriger.

### Martinus wäre heute Anhänger der Millionärsteuer

*Zu mehreren Anfragen um das Thema Martinitag am 11. November erklärt Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN:*

Martin von Tours, der im 4. Jahrhundert als Bischof wirkte und in der katholischen Kirche als Heiliger verehrt wird, war im realen Leben ein Kriegsdienstgegner. Heiligenverehrung ist nicht jedermanns Sache. Aber Martinus gilt als historisches Vorbild des fairen Teilens zwischen Arm und Reich; so auch für DIE LINKE.

Wir kämpfen auch am Martinstag für den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und für die Millionärsteuer.

Die Landesregierung sollte sich an St. Martin und Forderungen der Linken ein Vorbild nehmen, dann käme sie nicht auf die Idee bei Flüchtlingsunterkünften zu sparen und 12000 Lehrerstellen zu streichen.

Die steigenden Aktienkurse sind mal wieder Resultat der Zockerei. Jeder Investor hofft, dass andere auch immer mehr Aktien kaufen und so der Preis nach oben getrieben wird. Und jeder Aktienzocker geht davon aus, den richtigen Zeitpunkt zum Ausstieg vor dem Crash zu erwischen. Die gegenwärtige Zockerei wird dabei massiv angetrieben, weil Unmengen an Geld auf den Kapitalmärkten zirkulieren und nach profitabler Anlage suchen. In den letzten zehn Jahren sind allein in Deutschland mehr als eine Billion Euro an Reiche und Vermögende aufgrund zu niedriger Löhne und Steuergeschenke umverteilt worden. Quasi als Extraprofit. Investitionen in die Realwirtschaft werden nur sehr zurückhaltend getätigt. Die Wirtschaftslage erscheint den Herrschaften zu unsicher. Zockerei an den Börsen ist profitabler.

Es kommt hinzu, dass die Zinsen für Kreditvergabe durch die Zentralbanken, vor allem der amerikanischen FED, aber auch der EZB, massiv nach unten gedrückt werden. Alleine die FED „druckt“ Geld und kauft monatlich für 85 Milliarden US-Dollar amerikanische Staatsanleihen. Diese gigantischen Summen sollen eigentlich über Kredite an Unternehmen gehen, die investieren und Arbeitsplätze schaffen. Doch ein großer Teil des Geldes fließt in die Finanzmärkte – auch zum Teil über den großen Teich an die europäischen Börsen. Damit auch nach Deutschland. Auch die EZB befeuert diese Liquiditätsschwemme zusätzlich.

Haben wir es also an der Börse bereits mit einer handfesten Spekulationsblase zu tun? Vieles spricht dafür. Der Aktienboom ist auch eine Wette darauf, dass die FED und auch die EZB auf absehbare Zeit nicht aus ihrer Politik der Geldschwemme aussteigen können. Wenn sich ein Ende irgendwann abzeichnet, werden die Börsenkurse einbrechen, möglicherweise in einem scharfen Crash. Die Folgen einer neuen Finanzkrise werden erneut viele Menschen durch Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen, obgleich sie nie eine Aktie besessen haben, geschweige denn jemals von einem Aktienboom profitiert haben.

Die beste Waffe gegen neue Blasen an den Finanzmärkten ist eine „Umfairteilung“ von Einkommen und Vermögen, so wie es von DIE LINKE in ihrem Steuerkonzept gefordert wird. Und vor allem auch durch höhere Löhne. Damit kann die Massenkaufkraft gestärkt und ein nachhaltiges Wachstum ohne exzessive Kredit- und Geldmengenexpansion erreicht werden.

**Wir rufen auf zum Protest gegen die Nato-Kriegstagung 2014 in München. Beteiligt Euch – lautstark, phantasievoll und kreativ!**

## **50 Jahre SIKO – 50 Jahre zuviel !**

Die sogen. Münchner Sicherheitskonferenz (SIKO) – begonnen 1962 als Wehrkundetagung – laut Veranstalter die „weltweit wichtigste“ Versammlung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machteliten v. a. der Nato- und EU-Staaten. Regierungschefs und -chefinnen, Ministerinnen und Parlamentarierinnen, hochrangige Nato-Militärs und Repräsentanten der größten Wirtschafts- und Rüstungskonzerne beraten hier über Strategien zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vorherrschaft. Bei informellen Gesprächen sind auch künftige Militärinterventionen und dafür erforderliche Koalitionen das Thema. Ihnen dient die SIKO auch als medienwirksames Propagandaforum für die völkerrechtswidrigen Angriffskriege der Nato-Staaten, die mit Lügen gerechtfertigt und der Bevölkerung als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden. Die Folgen: Zehntausende Tote, zerstörte Infrastruktur, namenloses Elend, Millionen von Kriegsflüchtlingen.

### **Mit der Nato gibt es keinen Frieden**

Die Nato, militärischer Arm der reichsten kapitalistischen Staaten, ist eine Kriegsallianz zur Durchsetzung der Profitinteressen der Transnationalen Konzerne, der Banken und Waffenproduzenten. Sie ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Deutschland ist in Europa die militärische Drehscheibe für die Aggressionskriege der USA und der Nato. Und unter Bruch der Verfassung ist Deutschland bei jedem dieser Kriege offen oder verdeckt dabei, um eigene wirtschafts- und machtpolitische Interessen durchzusetzen. Hier werden die tödlichen Waffen produziert und an Regimes geliefert, die sie gegen die eigene Bevölkerung einsetzen.

**Den selbsternannten Weltherrschern, die sich im Bayerischen Hof versammeln, erklären wir: Ihr seid in München und überall auf der Welt unerwünscht.**

Ihre Politik orientiert sich ausschließlich an den Profitinteressen einer kleinen Minderheit und geht dabei über Leichen.

**Wir sind Teil einer weltweiten Bewegung: für eine Zukunft ohne Rüstung und Krieg, ohne Ausbeutung von Menschen und Natur.**

**No Justice – No Peace / Ohne Gerechtigkeit kein Frieden**

Wir rufen auf: **Beteiligt Euch an den Protesten gegen die Nato-Kriegstagung in München am Samstag, 1. Februar 2014 !**

*Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz*

Gregor Gysi, Michael Schlecht, Sahra Wagenknecht am 6. November:

## **„Europa braucht einen Marshallplan“**

Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn hat am Dienstag die Wirtschaftsprognose der EU-Kommission vorgestellt. Brüssel korrigiert seine Wachstumsprognose für 2014 von 1,2 auf 1,1 Prozent nach unten und rechnet damit, dass die Arbeitslosigkeit in der Eurozone auf einem „nicht hinnehmbaren“ Niveau bleiben wird. In Deutschland sagt die aktuelle Prognose für das kommende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent voraus. Rehn sieht zwar vage „zunehmende Anzeichen, dass die europäische Wirtschaft einen Wendepunkt erreicht hat“. Aber es sei „zu früh, um den Sieg zu erklären“, denn die Arbeitslosigkeit sei zu hoch.

Gregor Gysi wird deutlicher: „Merks Kürzungs- und Sparfixiertheit schadet der wirtschaftlichen Entwicklung, der Binnennachfrage und dem sozialen Frieden in Europa nachhaltig. Eine Jugendarbeitslosigkeit von 61 Prozent in Griechenland, 56 Prozent in Spanien und von immerhin 23 Prozent EU-weit

wichte in der Eurozone so gestaltet, dass nur Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten automatisch mit Sanktionen belegt werden. Das ist ein Rezept für die Depression.“

„Auch für das scheinbar robuste Deutschland brechen über kurz oder lang die Märkte weg, die es heute noch mit seinen Exporten überschwemmt“, mahnt Gysi. DIE LINKE fordert unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro sowie eine öffentliche Zukunftsinvestitionen über 100 Milliarden Euro jährlich. „Dies würde die Binnenwirtschaft ankurbeln, der Bevölkerungsmehrheit nutzen und ließe sich bei konsequenter Besteuerung von Millionären sowie Bekämpfung der Steuerhinterziehung auch ohne Neuverschuldung finanzieren“, argumentiert Wagenknecht.

### **Massive Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft**

„Europa braucht einen Marshallplan, wie ihn vor nicht einmal drei Monaten



Heike Hänsel MdB war als Rednerin zum Jugendfestival von Syriza in Athen eingeladen gemeinsam mit: Maite Mola (Vizepräsidentin der Europäischen Linken, Spanien), Tariq Ali (Journalist, Pakistan/England) und Alexis Tsipras (Syriza-Vorsitzender) (von links).

bedroht die Existenz der jungen Generation Europas.“

### **Deutsche Exportschwemme ist Teil des Problems**

Rehn kritisierte die chronischen Exportüberschüsse Deutschlands. Zu Recht, findet Sahra Wagenknecht: „Die Bundesregierung drückt die Löhne und bremst die Binnenwirtschaft. Damit isoliert sie sich auch zunehmend international – wie die Kritik aus Washington und Brüssel beweist. DIE LINKE weist seit Jahren darauf hin, dass diese Politik gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Euro gefährdet. Allerdings wurde der Mechanismus zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichge-

neben LINKE und Gewerkschaften auch ein SPD-Kanzlerkandidat noch gefordert hat. Die neue Bundesregierung muss gemeinsam mit dem Europaparlament und der EU-Kommission massive Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft und für den sozial-ökologischen Umbau in einem Programm bündeln, finanziert durch höhere Abgaben auf große Vermögen und hohe Einkommen“, fordert Gregor Gysi. Zur Finanzierung eines solchen Investitionspakets bringt Wirtschaftsexperte Michael Schlecht eine europaweite einmalige Vermögensabgabe ins Spiel. „Durch konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Verhinderung von Steuervermeidung kann

dies auch ohne zusätzliche Schulden finanziert werden“, so Schlecht.

Thomas Händel, für DIE LINKE Mitglied im Europaparlament, sieht auch die EU-Kommission in der Pflicht: „Ein sozial gerechtes und solidarisches Europa geht nur mit guter Arbeit, guten Löhnen, guten Renten und sozialem Fortschritt für alle, der vor Armut schützt und ein Leben ohne Angst sichert. Die Kommission muss dies endlich erkennen und zusammen mit Rat und Parlament die entsprechenden Schritte einleiten.“

## Auch Verteidigungsministerium geht auf Distanz

FRIEDRICHSHAFEN. Aufgrund des Schreibens der Bundestagsabgeordneten Annette Groth an das Bundesministerium der Verteidigung wegen einer Veranstaltung der Reservistenkameradschaft Oberer Linzgau forderte Annette Groth (MdB) am 23.10. die strikte Trennung zwischen Militär und Veranstaltungen mit Kindern.

Annette Groth: „Es freut mich, dass im Bundesministerium für Verteidigung die Veranstaltung der Reservistenkameradschaft Oberer Linzgau im Rahmen eines sogenannten Ferienprogramms als „verfehlt“ angesehen wird. Die Reservistenkameradschaft hatte ein Angebot für Grundschulkindern inszeniert, bei dem mit den Kindern eine „Schlacht“ aufgeführt wurde. Erwachsene Soldaten eröffneten mit Wasserpistolen „aus dem Hinterhalt das Feuer“ auf die Kinder im Panzerfahrzeug. Völlig inakzeptabel ist auch die Tatsache, dass hierfür ein Kettenfahrzeug eingesetzt wurde, bei dem es sich um den Nachbau eines

## Flyer und Broschüren der Bundestagsfraktion für Infostände oder Verteilaktionen online bestellen

Die Bundestagsfraktion hat ein online-Versandportal eingerichtet, wo nützliche themenbezogene Flyer, Broschüren für den Infostand bestellt werden können. Unter <http://versand.linksfraktion.net> könnt Ihr Euch einloggen bzw. einen Zugang beantragen und eine sehr gute Auswahl von Publikationsmitteln bestellen. Nicht nur die Massenzeitung „klar“, sondern auch die Illustrierte „clara“ oder die feministische Zeitschrift „lotta“.

Aktuell liegen Flyer und Folder zu diesen Themen vor:

Fraktionsprogramm in leichter Sprache, Folder „Gute Arbeit jetzt!“; Folder Rente; Folder Soziale Energiewende; Pocketbroschüre Rente; Aktionskarte Kitaplätze; Broschüre Rüstungsexporte; Pocketbroschüre Datenschutz; Folder Gleichstellungspolitik; Folder Umverteilen; Broschüre „Rechtsextremismus“; Folder Drohen; Folder Stress am Arbeitsplatz; Folder Bundesfinanzpolizei.

In kleineren Mengen könnt Ihr diese Materialien auch in den Abgeordneten- bzw. den Regionalbüros erhalten. Aber bitte immer erst telefonisch nachfragen.

Wehrmachtsfahrzeugs aus der CSSR handelte.“

In seinem Antwortschreiben teilt der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt mit, dass er „den in der Presseberichterstattung in Bezug genommenen Sachverhalt als verfehlt“ ansieht. In dem Antwortbrief wird weiter ausgeführt: „Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRBw) e.V. hat den Vorgang seinerseits bereits aufgegriffen. Im Ergebnis wurde auch seitens der Bundesgeschäftsstelle des Reservistenverbandes signalisiert, dass man die Durchführung dieser Veranstaltung zum Anlass nehmen wird, bei der anstehenden Verbandsreform auf die Vermeidung von Missverständlichkeiten ein besonderes Augenmerk zu legen“.

Dazu Annette Groth abschließend: „Ich erwarte, dass die Bundeswehr ebenso wie der Verband der Reservisten wesentlich mehr Sensibilität entwickeln,

wenn es um Fragen von Kindern und Militär geht. Als menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE bin ich fast wöchentlich mit der Frage des Missbrauchs von Kindern durch Armeen in Afrika oder Asien konfrontiert. In vielen Briefen und Gesprächen fordere ich immer wieder die betroffenen Staaten und Regierungen auf, die Kinderrechtskonvention einzuhalten und eine klare Trennung zwischen Militär und Kindern vorzunehmen.“

Bundesdeutsche Politikerinnen und Politiker erscheinen jedoch unglaubwürdig, wenn in Deutschland eine solche strikte Trennung zwischen Militär und Kindern nicht eingehalten wird. Deshalb unterstütze ich seit vielen Jahren die Initiativen des Bündnisses „Schule ohne Militär“ und trete für ein konsequentes Verbot von militärischen Veranstaltungen bei Kinderfesten, in Kindergärten und in Schulen ein.“



Im Auftrag der Bundestagsfraktion nahm Richard Pitterle (im Bild links mit dem langjährigen Bundesschatzmeister der PDS Uwe Hobler) an dem Pressefest der portugiesischen KP teil. Das Fest stand im Zeichen des Widerstands gegen die Politik der Troika. Eingefunden hatte sich auch Peter Langos aus Tübingen, der sich darüber amüsierte, dass ein Wahlbündnis der KP mit den Grünen ausgerechnet unter dem Namen CDU (Koalition der demokratischen Einheit) auftritt.

## Das Parlament muss endlich arbeiten

Von Petra Sitte, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke im Bundestag:

Für diese Woche war ursprünglich die erste Sitzungswoche des neuen Bundestages angesetzt. Union und SPD haben diese abgesagt, um in Ruhe ihre Koalitionsverhandlungen führen zu können. Ich meine: Der Gesetzgeber kann arbeiten und sollte dies auch. Die politischen Herausforderungen in unserem Land sind zu groß, um die nun bereits seit mehr als sechs Wochen andauernde Phase des politischen Stillstands hinnehmen zu können.

Die Linke hat fünf Gesetzentwürfe vorgelegt, mit denen schon jetzt mehr Gerechtigkeit geschaffen werden könnte. Wir haben etwa die Initiative des Bundesrates aufgegriffen und einen Mindestlohn von 8,50 Euro beantragt. Klar ist, dass dieser Betrag insbesondere für eine armutsfeste Rente nicht ausreicht und Die Linke einen Mindestlohn von 10 und perspektivisch von 12 Euro durchsetzen will. 8,50 Euro jedoch wäre mit SPD, Grünen und den Gewerkschaften konsensfähig. Einem Mindestlohn stimmen breite Mehrheiten in unserer Gesellschaft zu. Er ist eine Armutsbremse und stimuliert die so dringende gebrauchte Inlandsnachfrage. – Was sich bisher in den Koalitionsverhandlungen abzeichnet, ist ein typischer

halbgarer Kompromiss: Mehr tarifvertraglich ausgehandelte „Lohnuntergrenzen“ soll es geben, womöglich regional differenziert. Von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ist man in den Gesprächen noch weit entfernt.

Auch bei der Abschaffung des Betreuungsgeldes zugunsten von mehr Kitaplätzen hat die SPD gegen die Union nichts erreicht. Unsere Fraktion hat auch dazu einen Gesetzentwurf des Bundesrates aufgegriffen, um die Mehrheit im Bundestag gegen das unsinnige Betreuungsgeld zu nutzen.

Wir wollen gleichgeschlechtliche Partnerschaften der Ehe gleichstellen. SPD und Grüne wollen das auch. Vor der Sommerpause lieferte sich die damalige Opposition eine erbitterte Debatte und verlor die Abstimmung gegen die Regierungsmehrheit wohl auch, weil bei Union und FDP einige gegen ihre Überzeugung gestimmt haben. Jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen, diese Abstimmung zu wiederholen und mit der

Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf ein Zeichen für Menschenrechte und die Würde verschiedener Lebensweisen zu setzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Jahr 2013 gleichgeschlechtliche Lebensweisen derart unsinnigen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Gemeinsam könnten Linke, SPD und Grüne auch die sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen eindämmen. 41 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 25 – ohne Azubis – sind befristet beschäftigt. Eine Familiengründung unter so unsicheren Bedingungen ist ein hohes Risiko.

Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten könnten ebenfalls durch eine rot-rot-grüne Mehrheit im Parlament abgeschafft werden. Auch hierzu liegt ein Gesetzentwurf der Linken vor, auf dessen Aufsetzung wir drängen.

Immerhin muss die Bundesregierung auf Wunsch von Grünen und Linken in der kommenden Woche in einer Sondersitzung öffentlich über den Überwachungsskandal Rechenschaft ablegen. Geheimdienste im In- und Ausland haben unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung einen Angriff auf unsere BürgerInnenrechte und damit auf unsere Demokratie gestartet. Aber erst der Lauschangriff auf das Kanzlerinnentelefon hat die Bundesregierung wachgerüttelt. Nun wollen wir wissen, was sie weiß. Und was sie zu unser aller Schutz tun will.

Die Bevölkerung hat mit dem Wahltag uns, das Parlament, zum Handeln aufgefordert. Wir müssen dieser Aufforderung endlich nachkommen.



Die neue Bundestagsfraktion der LINKEN

## Ein linker Blick auf die Ergebnisse der Bundestagswahl in Baden-Württemberg

Mit einem Ergebnis von 8,6% hat sich DIE LINKE stabilisiert und wurde sogar drittstärkste Fraktion im Bundestag. Nach dem Göttinger Parteitag konnte die neue Führung um Bernd Riexinger und Katja Kipping eine Trendwende einleiten, die trotz eines Verlusts von 3,3 Prozentpunkten oder 1,5 Millionen Wählern die dauerhafte Etablierung einer links von der SPD verorteten Partei im bundesrepublikanischen Machtgefüge bedeutet.

Dieses Ergebnis wiegt umso schwerer, als SPD wie auch Grüne versucht haben, durch einen betont linken Wahlkampf und die Fokussierung auf ein Bündnis von SPD und Grünen unter Ausschluss der Linken diese wieder aus dem Bundestag zu drängen. Dabei konnte nur die SPD einen Teilerfolg erzielen, da sie im Westen 17,4% der Wähler der Linken (zurück)gewinnen konnte und nur 10%

abgeben musste.

Da inzwischen zwei Drittel der Wähler glauben, die Agenda 2010 habe wesentlich dazu beigetragen, „dass es uns besser geht“, wurde der SPD die zwiespältige Haltung zur Schröder-Politik weit weniger nachgetragen als 2009.

Ein ähnliches soziales Protestwählerpotential wie 2009 konnte nicht für DIE LINKE mobilisiert werden: „Die große Mehrheit der Bürger hat ihre wirtschaftliche Situation vor der Bundestagswahl als gut bezeichnet – und auch deswegen Angela Merkel wiedergewählt“ (Stuttgarter Zeitung, 28.9.13). Angela Merkel gelang es in den letzten Jahren, die Politik der CDU zu modernisieren und wählbar zu machen für eine breite Bevölkerungsmehrheit (7). Merkel verspricht Problemlösungen mit „Maß und Mitte“ und kann so das Bedürfnis nach Stabilität erfüllen,

das sich aus ökonomischen, außenpolitischen und sozialen Unsicherheiten speist. Hieraus ergibt sich ihre „lagerübergreifende Wertschätzung“: sogar 43% der Linken-Anhänger bevorzugen sie als Kanzlerin.

Trotzdem gibt es erhebliche Unterschiede in der Zustimmung. DIE LINKE kann eher in Städten punkten als auf dem Land und hat ihren höchsten Anteil bei Arbeitslosen (21%). Ein Blick auf einzelne Wahlbezirke zeigt, dass auch innerhalb der Kommunen die Ergebnisse stark schwanken und offenbar von der sozialen Zusammensetzung abhängig sind: im verdichteten Innenraum liegen sie bis zu dreimal höher als in Gebieten mit Einfamilienhäusern.

DIE LINKE hat im Gewerkschaftslager mit 6,1% fast so hohe Verluste wie die FDP, im Westen hat sich ihr

Stimmenanteil von 13,8% auf 7% halbiert (Osten 31%). Mit einer Teilerhebung hat die Forschungsgruppe Wahlen das Wahlverhalten der Mitglieder von Gewerkschaften und Berufsverbänden (Beamtenbund etc.) erfragt (4). Die SPD konnte hier seit den letzten Bundestagswahlen Boden gutmachen und kommt auf 35,9% (+2,4%, Arbeiter/innen +5%: 13 39,1%, 09: 34%), bei den weiblichen Mitgliedern liegt dagegen die CDU mit 37,7% vorn, während DIE LINKE bei Gewerkschaftsfrauen mit 13,2% mehr Zustimmung findet als bei Männern mit 9,7%.

#### CDU holt bei Gewerkschaftern auf

Dies könnte darauf hinweisen, dass sich die stärkere Spreizung bei den Löhnen und Gehältern auf das Wahlverhalten auswirkt und die schlechter bezahlten Frauen durchaus zu mobilisieren sind. Es ist dagegen für DIE LINKE schwerer geworden, die in Baden-Württemberg besser bezahlten Facharbeiter der Metall- und Elektroindustrie zu gewinnen. Zweifel bestehen, ob die Forderungen der Linken zur Steuerpolitik – zumindest in der von Medien verkürzten Form wie Abschaffung des Ehegattensplittings – bei dieser von der „kalten Progression“ erheblich betroffenen Arbeitnehmergruppe akzeptiert wurden.

#### Ergebnisse in Baden-Württemberg

Nach den Verlusten bei der Landtagswahl konnte sich die CDU bei der Bundestagswahl wieder als dominante Partei darstellen und erzielte mit einem Zuwachs von 11,3% ein Ergebnis von 45,7% der Zweitstimmen (2). Dies entspricht in etwa den Verlusten der FDP von 12,6 Prozentpunkten. Das Ergebnis der SPD liegt leicht über 2009 (+ 1,3

auf 20,6%), ist aber immer noch das zweitschlechteste der Nachkriegszeit. Die Grünen mussten mit 11,7% gegenüber 2009 leichte Verluste einstecken und liegen nun etwa bei ihrem Ergebnis von 2002 und 2005. Gegenüber der Landtagswahl 2011 (24,2%) hat sich ihr Stimmenanteil aber halbiert. Nach einer Analyse von Infratest-Dimap ist dieser Absturz auch hausgemacht (6). Vor allem bei den Beamten büßte die Regierungspartei ein. Bei der Landtagswahl 2011 war ihr Anteil auf 35% gestiegen und bei der Bundestagswahl auf 14% regelrecht zusammengesunken. Auch die SPD als Partei des Kultusministers Stoch musste einen Rückgang von 27% auf 22% verzeichnen.

Mit 5,2 % konnte die erstmals angetretene AfD im Südwesten ein Zeichen setzen und in erheblichem Umfang Proteststimmen sammeln – auch von den Linken.

DIE LINKE erhielt mit 4,8% (272 000 Zweitstimmen) zwar 2,4 Prozentpunkte weniger als 2009 (389 000 Zweitstimmen), schnitt aber erheblich besser ab als bei der Landtagswahl (2,8% oder 137.900 Wählerinnen und Wähler). Ihre besten Ergebnisse liegen in Freiburg (9,2%), Tübingen (8,8%), Mannheim (7,5%) und Stuttgart (S I mit 6,2% nur 0,5% Verluste, S II 6,7%), die schlechtesten in Oberschwaben (3,4%) und im Schwarzwald. Positiv ist zu verzeichnen, dass die LINKE die meisten jüngeren Wähler und in dieser Rolle die Grünen abgelöst hat: 24% sind jünger als 24. Der Schwerpunkt liegt aber weiterhin bei den 45- bis 59-Jährigen. Bei den Rentnern schloss DIE LINKE mit 3% besonders schlecht ab, während sie bei Beamten mit 5% immerhin im Durchschnitt blieb und bei Arbeitern mit

9,0% und bei Arbeitslosen mit 10% bessere Ergebnisse erzielte und die Grünen überrunden konnte.

Außer in Stuttgart blieb DIE LINKE im industriellen und von der Automobilindustrie geprägten Kernraum um Stuttgart allerdings überall unter 5% und sogar unter dem Ergebnis von Schwäbisch-Hall-Hohenlohe.

Die Ergebnisse zeigen, dass es für DIE LINKE durchaus Potentiale gibt, bei den nächsten Landtagswahlen die 5%-Hürde zu überspringen. Es wird aber im Südwesten nicht ausreichen, sich angesichts einer Arbeitslosenquote von 4% (=230 000) auf diese Gruppe zu konzentrieren, da deren Wähleranteil recht klein ist und die Wahlbeteiligung sozial Benachteiligter bei Regionalwahlen noch geringer ist als bei Bundestagswahlen. Als Partei des sozialen Prekariats in Arbeitsteilung mit einer SPD, die die Kernarbeitnehmerschaft vertritt und den Grünen, zuständig für die demokratische Intelligenz (dazu Horst Kars, 10), hätte DIE LINKE im Südwesten keine Zukunft.

Ein großes Problem für DIE LINKE ist weiterhin, dass eine dauerhafte Wählerbindung fehlt und Wahlergebnisse im Westen stets „fragil“ sind (Riexinger). Im Westen wurde DIE LINKE nur von 40% der Wähler von 2009 wiedergewählt (Ost 60%). Sie hat zudem am wenigsten Wähler, die sie „aus Überzeugung“ wählen und mehr „Spätentscheider“ als CDU und SPD (5).

#### Der Wahlkampf der Linken

DIE LINKE konnte in Baden-Württemberg überall mit qualifizierten Kandidaten antreten und war auf den entscheidenden Foren bei Veranstaltungen und in der Presse präsent. In diesem Rahmen

### Mit gemischten Gefühlen

**Nachgefragt: Himmelhoch jauchzend? Zum Tode betrübt? – Wie Kandidatinnen und Kandidaten das Wahlergebnis bewerten. Aus der Oktoberausgabe von DISPUT**

*Im Juli und September hatte DISPUT LINKE-Wahlkandidatinnen und -kandidaten vorgestellt. Nach dem Wahltag ist es an der Zeit, kurz nachzufragen, ob sich ihre Erwartungen erfüllt haben – und worauf es künftig ankommt. Hier die Antworten aus Ulm und Heidenheim:*

**Eva-Maria Glathe-Braun, Ulm/Alb-Donau (Baden-Württemberg):** Unser Bundesergebnis von 8,6 Prozent kann sich zweifellos sehen lassen, da wir aus schwierigen Zeiten gestärkt hervorgegangen und nun drittstärkste Partei im Bundestag sind. In meinem Wahlkreis hat sich eine gute Veranke-

rung und Resonanz in der Stadt gezeigt, für die Menschen im ländlichen Raum müssen wir Strategien entwickeln. Das nächste Ziel ist die Kommunalwahl. Schon während dieses Wahlkampfes wurde deutlich, dass die Kommunalpolitik Herzstück linker Politik ist. Auf den Podien und an den Infoständen konnte ich mein Wissen über die Probleme der Menschen hier erweitern. Ich sehe das als große Bereicherung und werde weiter mit Aktiven und Initiativen vor Ort zusammenarbeiten, um unsere Gesellschaft lebenswerter zu gestalten. Kulturpolitisch habe ich im Sommer an einem Kunstprojekt mitgearbeitet, das es verdient, weitergeführt zu werden. Dazu braucht es ideelle und materielle Grundlagen, dafür werde ich mich weiter einsetzen.

**Dieter Köhler, Heidenheim (Baden-Württemberg):** Ich habe – nach unseren beiden Spitzenkandidaten –

das drittbeste Ergebnis bei den Erststimmen in Baden-Württemberg einfahren können. Auch wenn wir insgesamt Stimmen verloren haben, sieht unsere Ausgangslage für die nächsten Kommunalwahlen, wenn wir die Kreisebene und Heidenheim differenziert betrachten, gut aus: In Heidenheim konnten wir 7,5 Prozent der Erststimmen und 6,5 Prozent der Zweitstimmen erreichen, im Landkreis Heidenheim liegt unser Erststimmenergebnis bei 6,2 Prozent und das Zweitstimmenergebnis bei 5,6 Prozent. In 13 von 42 Heidenheimer Wahllokalen belegten wir bei den Erststimmen den dritten Platz vor den Grünen und in sieben Wahllokalen den dritten Platz bei den Zweitstimmen vor den Grünen. Das gibt Auftrieb! Als drittstärkste Partei im Bundestag haben wir die besten Voraussetzungen, unsere Arbeit im Kreisverband weiter zu gestalten.

wurden auch die Kandidaten in der Regel fair präsentiert. An vielen Punkten gelang es ihnen, vorhanden Unmut auszusprechen, dafür erhielten die Kandidaten häufig auch Beifall von Menschen, die ihnen nicht nahestehen. Es äußerten aber viele eine große Skepsis in Bezug auf die Finanzierbarkeit oder Durchführbarkeit der Linken Forderungen. Zudem werden komplizierte Texte oder Ausführungen oft nicht verstanden (es gibt in Deutschland 8 Millionen funktionale Analphabeten!).

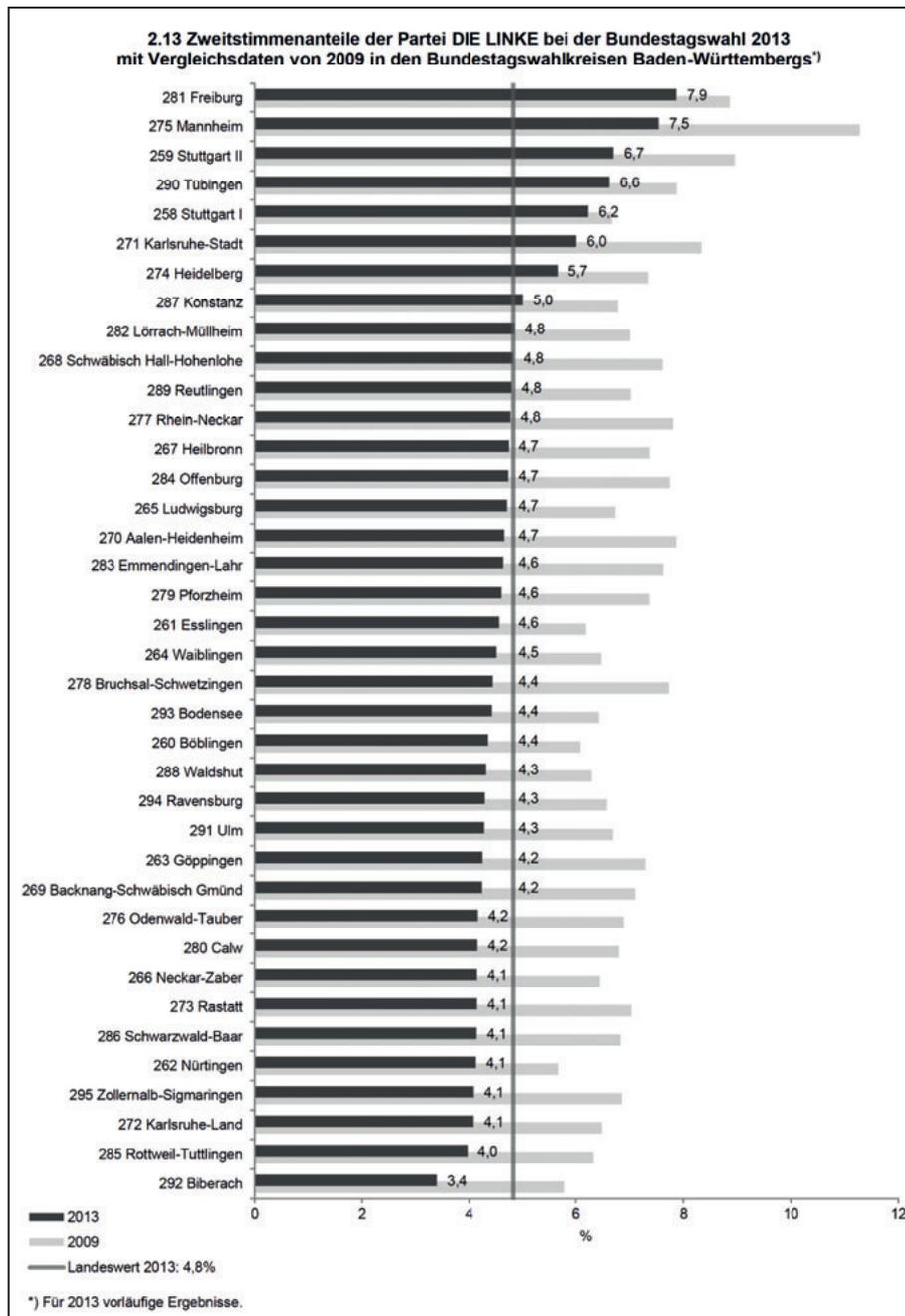
Es fiel leichter, in der Lokalpresse wahrgenommen zu werden als in den überregionalen Medien, allerdings auch hier nur vor den Wahlen. Es ist allerdings kaum gelungen, im Land- oder Wahlkreis eigenständig Themen oder wahrgenommene Veranstaltungsformate zu setzen. Publikum konnten nur die Promis anlocken, die zudem weniger als 2009 im Land präsent waren.

Auch die Mobilisierung von Mitgliedern und Anhängern fiel schwerer, dafür war die Organisation reibungsloser. Es bleibt aber ein Problem, dass sich die Arbeit auf weniger Personen konzentriert (Marta Aparicio: „Weniger haben mehr gearbeitet“) und die Kandidaten nicht überall genügend unterstützt wurden oder unterstützt werden konnten. Die personelle Struktur ist oft – besonders auf dem Land – noch sehr dünn. Für die Außenwirkung wenig positiv war es, dass Themen, die für die eigene Mitgliedschaft weniger, für potentielle Bündnispartner aber sehr wichtig sind, kaum Interesse finden (Beispiel: Tagung Schulverpflegung in Karlsruhe). Für Organisationen wie die GEW oder für Elternbeiräte entsteht so der Eindruck, dass DIE LINKE kein ernstzunehmender (landespolitischer?) Akteur ist. Auch wenn im Landesverband insgesamt sehr solidarisch diskutiert wird, machten noch interne Konflikte in manchen Kreisverbänden weiterhin zu schaffen.

**Gute Chancen für die LINKE**

Die Stabilisierung im Wahlergebnis wird dazu beitragen, auch DIE LINKE im Land zu stabilisieren. Der SPD dürfte es in einer großen Koalition schwerer fallen, sich nach links zu profilieren. Bei den Grünen steht zu vermuten, dass sie das nicht mehr wollen. Ob DIE LINKE davon auch dahingehend profitiert, dass sie auch ein ernstzunehmender Akteur in Kommunen und Land wird, hängt allerdings davon ab, dass sie attraktiver wird und sich dann breiter aufstellen kann. Im Vordergrund sollten daher die Stabilisierung und der Parteausbau stehen. Stabilisierung bedeutet auch, dass überall an einer Partaikultur der Anerkennung gearbeitet wird.

Die Mitgliederbindung kann nur über verbesserte Möglichkeiten zur Mitarbeit erhöht werden: Wie können sich



Aus der Broschüre des Statistischen Landesamtes, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/803313002.pdf>.

(neue) Mitglieder einbringen? Ist es motivierend, bei der Linken mitzuarbeiten? Sind die Strukturen transparent und offen? Wie werden neue Aktive begleitet? Wie kann man sich einbringen, ohne in Gremien gebunden zu sein (Projekte)?

Mit welchen Kampagnentechniken kann man Akteuren Spaß machen? Wie erreicht DIE LINKE mehr Medienpräsenz? Wie vermeidet man Überforderung? Wie und wo kann DIE LINKE mit den vorhandenen Möglichkeiten die

größte Wirkung erzielen – und wo steckt man besser nicht unnötig Energie rein?

Beachtung sollte auch den nicht selten guten Erststimmenergebnissen geschenkt werden. Wichtig sind auch für die LINKE Gesichter geworden, die ihre Inhalte glaubwürdig und dauerhaft nach außen repräsentieren, im Bund, im Land und vor allem auch vor Ort.

*Erhard Korn, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg*

1 Statistisches Landesamt: Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. Vorläufige Ergebnisse für Baden-Württemberg  
 2 Statistisches Landesamt: Vorläufige Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik  
 3 Forschungsgruppe Wahlen: Überlegener Unionssieg, www.forschungsgruppe.de, 22.9.13  
 4 Forschungsgruppe Wahlen: So haben GewerkschafterInnen gewählt, Einblick 30.9.13 und Stuttgarter Zeitung 25.9.  
 5 Horst Kahrs: Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. Wahlnachbericht und erste Analyse 23.9.13, RLS  
 6 Infratest-Dimap: Beamte wenden sich von Grün-Rot ab, Stuttgarter Nachrichten 2.10.  
 7 Joachim Bischoff u.a.: Wahlen mit Sprengkraft, Sozialismus 10/2013  
 8 Jürgen Reents: Maß und Mitte aus der Balance, nd 28.9.13  
 9 ARD-Analyse Wählerwanderungen/Infratest Dimap  
 10 Horst Kars: Deutungen und Schlussfolgerungen zum Ergebnis der Bundestagswahl aus linker Sicht, 8.10.13

# Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland? Die AfD und die Bundestagswahl 2013

von Gerd Wiegel, Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Mit dem Ergebnis von 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen ist der Alternative für Deutschland (AfD) ein Erfolg im rechten Wählerspektrum gelungen, den die Union mit der Maxime, rechts neben ihr dürfe sich kein erfolgreiches Partei-Projekt etablieren, über viele Jahrzehnte zu verhindern wusste. Dabei ist der Zuspruch zur AfD zunächst weniger auf Kosten der CDU/CSU als vielmehr auf die von FDP und LINKER gegangen. Dennoch handelt es sich bei der AfD eindeutig um eine Formation der politischen Rechten, die mit dem schillernden aber inzwischen gebräuchlichen Begriff des Rechtspopulismus bezeichnet werden kann. Die AfD ist in ihrer gegenwärtigen Ausprägung keine Partei der extremen Rechten, sie ist weder neofaschistisch ausgerichtet, noch finden sich bisher Formen der NS-Verherrlichung oder eines völkischen Nationalismus oder völkischen Rassismus.

Mit gut zwei Millionen Wählerstimmen hat die AfD nur sieben Monate nach ihrer Gründung ein Ergebnis erreicht, das auf dem Niveau der knapp aus dem Parlament ausgeschiedenen FDP liegt. Thematisch bisher völlig auf die Kritik an der EU-Rettungspolitik, den damit verbundenen potenziellen Kosten für Deutschland und die Ablehnung des Euro in seiner jetzigen Form fixiert, bringt die AfD eine Kritik an der EU-Politik zum Ausdruck, wie sie sich in vielen europäischen Ländern findet. Der ideologische Hintergrund einer solchen Kritik von rechts ist national-chauvinistisch und neoliberal grundiert, womit sich die AfD mit vielen anderen Parteien des Rechtspopulismus in Europa trifft. Weniger deutlich ausgeprägt ist bisher eine islamfeindliche, ethnopluralistische und auf eine Ethnisierung der sozialen Frage angelegte Ausrichtung, wie sie für zahlreiche Parteien des Rechtspopulismus typisch ist.

## Die Ergebnisse der AfD

Mit 4,7 Prozent der Zweitstimmen (1,9 Prozent Erststimmen) und einem absoluten Stimmenanteil von 2.052.372 Stimmen (809.817 Erststimmen) hat die AfD den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst. Beim Blick auf die Landesergebnisse zeigt sich, dass die AfD in Ostdeutschland leicht besser abgeschnitten hat als im Westen. In Sachsen konnte sie mit 6,8 Prozent ihr bestes Landesergebnis erzielen, gefolgt von Thüringen (6,2) und Brandenburg (6,0). Starke und über dem Bundesdurchschnitt liegende Ergebnisse gab es aber auch in den strukturstarken Ländern Hessen (5,6) und Baden-Württemberg (5,2). Hier deu-

tet sich schon die Heterogenität in der Wählerschaft der AfD an, die vor allem Stimmen von FDP und LINKEN abziehen konnte.

Bei der Wählerwanderung ergibt sich für die AfD folgendes Bild: während von der FDP 430.000 WählerInnen zur AfD wechselten, waren es bei der LINKEN 340.000. Es folgt die Union mit 290.000 Stimmen und erst dann kommt das Spektrum der bisherigen NichtwählerInnen, aus dem die AfD 210.000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. SPD und Grüne folgen mit 180.000 bzw. 90.000 Stimmenverlusten an die AfD.

Soziale Herkunft, Interessenlage und Erwartungen der früheren WählerInnen von FDP und LINKE dürften sehr unterschiedlich sein und zeigen erneut die Spannweite und die unterschiedlichen Erwartungen der Wählerschaft der AfD bei dieser Wahl. Dies spiegelt sich auch in der sozialen Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft: Mit 6 Prozent stellen Arbeiter die größte Gruppe, gefolgt von Selbständigen, Angestellten und Beamten mit jeweils 5 Prozent. Unterdurchschnittlich vertreten sind Rentner (4 Prozent) und Arbeitslose (3 Prozent). Nimmt man DIE LINKE als Vergleich, dann zeigt sich hier eine wesentlich stärkere Differenzierung und eine eindeutiger soziale Zusammensetzung, die mit dem Politikangebot der LINKEN korrespondiert (Arbeiter 12 Prozent, Arbeitslose 23 Prozent). Die Erwartungen an die Europapolitik der AfD (nur mit diesem Punkt war sie im Wahlkampf wahrnehmbar) speisen sich sowohl aus einer neoliberal grundierten ordnungspolitischen Vorstellung, als auch aus einem chauvinistisch aufgeladenen Abwehernationalismus: „Kein deutsches Geld für faule Griechen“.

## Parteiführung und Programm der AfD

Mit Bernd Lucke hat die AfD einen Vorsitzenden, der nicht als charismatische Gestalt im Sinne eines Jörg Haider, Jean Marie LePen oder Umberto Bossi bezeichnet werden kann. Lucke ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg und seit Jahren Vertreter einer harten neoliberalen Ordnungspolitik. Schon 2005 trat Lucke als Mitinitiator des Hamburger Appells auf, in dem von Seiten einiger Wirtschaftswissenschaftler eine strengere Fiskalpolitik der Bundesregierung gefordert wurde. Lucke sammelte 2012 eine Reihe von neoliberalen Ökonomen für einen Appell an Bundeskanzlerin Merkel zur Änderung ihrer Eurorettungspolitik im Sinne der marktradikalen Ideologie.

Neben Lucke spielen u.a. Konrad Adam und Alexander Gauland wichtige Rollen in der AfD. Adam, früher u.a. Redakteur der FAZ und Welt, ist ein ausgewiesener Konservativer. Seine antidemokratischen Vorschläge zur Einschränkung des Wahlrechts für „Inaktive und Versorgungsempfänger“ machten weithin Schlagzeilen und stehen für den elitären Politikansatz der AfD generell. Gauland gehörte jahrelang zum konservativen Flügel der Union, war Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann und Geschäftsführer der Märkischen Allgemeinen Zeitung. Insgesamt entstammt die Führungsriege der AfD eindeutig dem gehobenen Bürgertum, dessen Interessen sich in der Partei widerspiegeln.

Wie bei allen Parteiprojekten rechts der Union ist auch die AfD Anziehungspunkt für zahlreiche Gestalten der konservativen und extremen Rechten. Der Umgang mit diesem Personal wird für den weiteren Weg der AfD entscheidend sein. Schon heute finden sich in ihren Reihen Personen mit einer deutlich rechten Geschichte. Personal des ehemaligen Bundes freier Bürger oder Vertreter der Berliner Rechtspartei „Die Freiheit“ haben sich auf den Weg zur AfD gemacht, und auch für frühere Mitglieder von DVU und Reps dürfte der Weg zur AfD attraktiv sein. Wenn sich die Partei in diese Richtung weiter öffnet, werden über kurz oder lang auch deutlich rassistischere und islamfeindlichere Töne von der AfD hörbar sein, die sich heute schon in der Partei finden lassen.

Programmatisch ist die AfD weitgehend auf die aktuelle Euro-Krise und die damit verbundene Politik fixiert. Die AfD tritt für eine Auflösung des Euro in seiner jetzigen Form ein. An dessen Stelle soll wahlweise die alte D-Mark oder ein kleinerer und von Deutschland noch stärker dominierter Währungsverbund treten. Der „Schutz der Steuerzahler“ steht in der Propaganda der AfD ganz vorne, womit sie sowohl die Interessen des Mittelstands als auch die Ängste und Sorgen der Kleinsparer bedient. Keine Bankenrettung mit Steuergeldern, diese Forderung – auch der LINKEN – kommt gut an. Die Verantwortung für die Euro-Krise wird von der AfD natürlich nicht in der neoliberalen Finanzpolitik und der völligen Entfesselung der Märkte gesehen. Stattdessen wird auf die verfehlte und verschwenderische Politik der Südländer verwiesen, denen gegenüber es einer härteren deutschen Gangart bedürfe. Ein Europa der Nationen ist die Leitvorstellung der AfD, womit jedoch

kein völkischer Nationalismus im Sinne der extremen Rechten verstanden wird. Rückführung der Entscheidungskompetenz auf die nationalen Parlamente und Abgrenzung gegenüber der Brüsseler Bürokratie sind hier die Positionen.

Im Gegensatz zur völkischen extremen Rechten tritt die AfD für eine geregelte Zuwanderung „qualifizierter und integrationswilliger“ Fachkräfte ein, will jedoch eine „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ verhindern. Die AfD bewegt sich damit ganz im Rahmen der Unionspolitik. Die von der AfD vertretene Forderung, dass Asylbewerber in Deutschland arbeiten dürfen, wäre für die NPD unvorstellbar.

Insgesamt ist die programmatische Festlegung der AfD sehr dünn und vom Bemühen gekennzeichnet, in viele politische Richtungen offen zu sein. Die offensive Unterstützung der AfD durch die Familienunternehmer zeigt die ideologische und wahrscheinlich auch finanzielle Basis der Partei, die nicht unerheblich von der Spendenbereitschaft ihrer begüterten Anhänger profitieren konnte. Auch in der konservativen Presse (FAZ, Welt) fand die AfD im Wahlkampf eine wohlwollende Aufmerksamkeit. Auch von Seiten der verbliebenen Konservativen in der Union könnte die AfD zukünftig Unterstützung bekommen, und hier gibt es ein Potenzial nur noch locker mit der Union verbundener Wähler, für die die AfD zu einer Alternative werden könnte.

### Rechtspopulismus?

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa seit den 1990er Jahren war durch die Verschmelzung neoliberaler Ideologie mit Politikelementen der extremen Rechten gekennzeichnet. Herbert Schui u.a. haben diese Entwicklung als erste ausführlich dargestellt („Wollt ihr den totalen Markt?“). Im Gefolge der FPÖ haben eine ganze Reihe von Rechtsparteien in Europa Erfolge feiern können und es bis in Regierungsverantwortung gebracht. Unter dem Stichwort Rechtspopulismus werden dabei so unterschiedliche Parteien wie die FPÖ, die Dänische Volkspartei, die Lega Nord, der Front National, die Partei für die Freiheit von Geert Wilders und viele andere gefasst. Die Schnittmenge der AfD zu diesen Parteien besteht gegenwärtig im chauvinistischen Abwehrnationalismus, in der Haltung zur EU und generell im politischen Stil, der, zusammen mit der inhaltlichen Ausrichtung, als Rechtspopulismus bezeichnet wird.

Populismus als Begriff beinhaltet den Bezug auf die Masse der Bevölkerung, ihre Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse sollen zum Ausdruck gebracht werden. Populistische Argumentationen unterliegen dabei einer Freund-Feind-Gegenüberstellung, die es erlaubt, die verschiedenen politischen Problemfelder

einer klaren Einteilung in Gut und Böse, in dafür und dagegen zu unterstellen. Weiter kennzeichnet sich der Populismus durch eine klare Gegenüberstellung von oben und unten, von „wir hier unten“, die Beherrschten, und „die da oben“, die Herrschenden. Diese Gegenüberstellung erlaubt die Selbsteinschätzung als ausschließliches Objekt von Politik, und die populistische Partei oder Bewegung vertritt die Interessen der kleinen Leute gegen „die da oben“.

Eine spezifische Mischung aus personalisierten und kollektivistischen Argumentationen ist ein weiteres Kennzeichen des Populismus. Charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitäten (Nation, Volk, „Rasse“) ergänzen sich hier. Schließlich greift populistische Agitation Ängste und irrationale Vorstellungen auf und ist selbst weitgehend anti-intellektuell.

Für den Rechtspopulismus sind diese Stilelemente politischer Agitation vielfältig nutzbar. Die Freund-Feind-Gegenüberstellung und die Gegenüberstellung des „wir“ und „die da“ lässt sich für ganz unterschiedliche Argumentationen nutzen. Im traditionellen Rechtsextremismus findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht Dazugehörigen, den Ausländern, Fremden, Anderen unterschieden.

Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die „Schmarotzer“, „Leistungsunwilligen“ und Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. Beide Argumentationen finden sich bei allen Parteien des Rechtspopulismus.

Der aktuelle Rechtspopulismus knüpft vor allem an die weit verbreitete Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die politische Klasse an. Der erfolgreiche Rechtspopulismus ist dabei durch seine Frontstellung gegen das etablierte politische Parteiensystem der jeweiligen Länder gekennzeichnet. Die Rede von den korrupten und reformunfähigen „Altparteien“, vom verknöcherten System, soll den eigenen Standpunkt außerhalb dieses Systems bezeichnen. Die Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Rechtspopulismus ergibt sich dabei nicht allein über die Inhalte, die in ähnlicher Form auch von den Etablierten angeboten werden, sondern durch den Ausschluss vom alten System der Volksparteien, das immer weniger Bindungskraft besitzt. Nur durch diese Abgrenzung kann sich der Rechtspopulismus zum Sprachrohr von „denen da unten“ machen, die sich selbst als Ausgeschlossene greifen.

### Reaktion der LINKEN auf den Erfolg der AfD

Mit 340 000 Stimmen hat DIE LINKE nach der FDP die zweitmeisten Stimmen an die AfD verloren. Der AfD ist es scheinbar vor allem im Osten gelungen, enttäuschte WählerInnen der LINKEN für sich zu gewinnen. Die damit verbundene Erwartungshaltung dürfte in der von der AfD verkörperten Schutzfunktion vor den finanziellen Zumutungen der Eurokrise und generell der Angst vor einem immer anonymen und undurchschaubar agierenden Kapitalismus liegen, für den die EU und Brüssel die geeignete Projektionsfläche abgeben. Dass die Politik der EU maßgeblich von Deutschland dominiert wird, dass es deutsche Kapitalfraktionen sind, die für die Krise in Europa ein großes Maß an Verantwortung tragen – all das bleibt hinter der Schuldzuweisung an EU und Brüssel verborgen. Für DIE LINKE ist es deshalb wichtig, neben dem bereits genannten chauvinistischen Abwehrnationalismus die soziale Herkunft der AfD (Professorenpartei, Partei der Besserverdienenden) und ihre finanzielle Verankerung (Großbürgertum, Familienunternehmer) herauszustellen, um so die von der AfD vertretenen Interessen zu verdeutlichen, die gerade nicht die der abhängig Beschäftigten oder vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten sind.

Die AfD ist keine Nazi-Partei und sollte von uns auch nicht als solche bezeichnet werden. Langfristiger Effekt solcher Etikettierungen ist die Schleifung des Tabus der extremen Rechten. Offensiv sollte dagegen die Frage gestellt werden, in welche Richtung sich die AfD entwickeln wird und darauf hingewiesen werden, dass hier eine weitere Rechtsentwicklung nicht auszuschließen ist. Wer mit welchen Positionen in der AfD Einfluss gewinnen wird, muss von uns beobachtet und öffentlich thematisiert werden. Teile der neuen und auch der extremen Rechten beziehen sich schon heute positiv auf die AfD. Der Umgang mit diesen Personen wird der Maßstab dafür sein, ob die AfD in Richtung extreme Rechte tendiert oder eine rechtskonservative, aber demokratische Partei bleibt. Inhaltlich zentral wird es hier sein, ob sich die AfD dem im Rechtspopulismus vorherrschenden Antiislamismus, einer Ethnisierung der sozialen Frage (soziale Zugangsrechte nur nach ethnischer Zugehörigkeit) und einem völkischen Verständnis der Nation annähert. Auch wenn die AfD diese Entwicklung nicht nehmen sollte, bleibt sie eine Partei der politischen Rechten, die soziale Interessen vertritt, die konträr zur LINKEN liegen.

Veröffentlichung der Rosa Luxemburg Stiftung, <http://www.rosalux.de/publication/39896/aufstieg-des-rechtspopulismus-auch-in-deutschland.html>



## Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

## Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

### Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de • Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: heidischarf672@gmail.com • Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

### Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

### Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

## Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70  
Konto 289582700

## Kreisverbände

### Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Iltingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

### Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

### Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

### Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

### Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

### Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

### Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

### Esslingen

Wolfgang Kämmerer, Ostfildern, 0170/8006210, wolfgang-kaemmerer@t-online.de net: http://www.die-linke-esslingen.de/

### Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

### Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Hacı Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

### Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

### Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

### Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

### Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de  
Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

### Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de. www.die-linke.sha.de

### Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

### Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

### Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

### Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

### Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

### Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

### Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

### Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

### Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de. www.die-linke-pforzheim.de

### Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m\_konie@web.de, Net: www.die-linke-ravensburg.de

### Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: udo.rauhut@die-linke-rems-murr.de • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-rems-murr.eu, Net: http://dielinke-rems-murr.de/

### Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

### Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

### Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

### Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

### Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

### Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

### Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, paul.barrois@web.de, Nicole Stadler, nstadler@dator.de. www.die-linke-waldshut.de,

### Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

## Zusammenschlüsse

### AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

### AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, mail@stefandreher.de

### AG Bildung

über Landesgeschäftsstelle

### AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

### AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

### AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, Silvia.Ofori@t-online.de

### AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, lothar\_schuchmann@gmx.de

### AG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, Tel.: 0731-3600260, evamaria\_glathe@gmx.de

### AG Hartz IV

Jan Albers, 69198 Schriesheim, 06203-6007596, jan.albers.maerz.1980@google-mail.com

### Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, Tel. 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

### AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, volker.bohn@dielinke-unterland.de

### AG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, Ostfildern, 0170/8006210, wolfgang-kaemmerer@t-online.de

### AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

### AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

### AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

## Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: dielinke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

## Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

## Bundestagsabgeordnete

### Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

### Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de  
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

### Wahlkreisbüro Karin Binder

Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe  
Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de  
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

### Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net  
Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart; michael.schlecht@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro Annette Groth

MdB-Büro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Annette.Groth@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de  
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

## Kommunalmandate

### Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org  
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org  
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org  
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

### 22 Mandate der LINKEN in 15 Kreistagen

**Biberach**, Ulrich Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Harry Ladwig, harryladwig@aol.com • **Boden-see**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexusgo.de, Offenau • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhard-bross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.

de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brener.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen

### 39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

**Aalen**, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrik Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulm-schubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar\_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorenz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanal.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brener.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de



**Wir  
müssen  
nicht alles  
hinnehmen!**

**DIE LINKE.**

**vor Ort aktiv:**

- **Mieterhöhungen stoppen!**
- **Gute Löhne & Einkommen.**
- **Eine Rente zum Leben.**
- **Gute Bildung & Schulen.**
- **Frieden & Gerechtigkeit.**

**Nicht  
hinehmen,  
Mitnehmen!**  
So erreichen  
Sie uns:

**Nicht  
hinehmen,  
Mitnehmen!**  
So erreichen  
Sie uns: